



ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Reform durch
Abschaffung**
Maria Mesner

**Die Zukunft des Sozialstaates
nach der Wirtschaftskrise**
Markus Marterbauer

**Warum Gewerkschaften
Visionen brauchen**
Wolfgang Katzian

**Ein »Ungeheuer«
geschaffen**
Thomas Meyer

ELISABETH HANDL
ACH SO!

EDITORIAL

Das Dezember-Heft der ZUKUNFT fällt zeitlich mit der Diskussion und Beschlussfassung des Bundesbudgets für 2011 zusammen. Für Aufregung haben dabei im Besonderen die Pläne gesorgt, die den Universitäts- und Forschungsbereich betreffen. Während die Studierenden gegen die Kürzung der Familienbeihilfe auf die Straße gingen, wurde den meisten außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Streichung ihrer Subvention angedroht.

In der Rubrik »Aktuelle Debatte« zeigt **Maria Mesner** am **Beispiel** des von ihr geleiteten **Kreisky- und des Dohnal-Archivs** auf, welche Bedeutung diese **Subventionskürzungen** für **außeruniversitäre Forschungseinrichtungen** tatsächlich haben.

Alexander Dill hinterfragt in seinem eher grundsätzlich orientierten Debattenbeitrag den Wert des Leitmotivs dieses Budgets, die **Reduktion des Budgetdefizits**. In seinen Augen sollte die **Tilgung** der öffentlichen Schulden in den Blick genommen und dafür die seit Jahren rasant **wachsenden Privatvermögen** herangezogen werden.

In der Rubrik *Fragen über Fragen* schneidet **Caspar Einem** das Thema **Wehrpflicht** an und vermisst grundsätzliche Überlegungen zur Sicherheitspolitik.

Schwerpunktmäßig setzt sich dieses Heft mit zwei Themenstellungen auseinander, die beide durchaus eng miteinander verwoben sind: Wie ist einerseits angesichts wachsender sozialer Ungleichheit vor und während der Krise sozialer Zusammenhalt herzustellen und wie ist andererseits die Stimmungsmache von Rechts einzuordnen und ihr zu begegnen?

Markus Marterbauer setzt sich in seinem Beitrag gewohnt faktenreich mit der **Bedeutung des Sozialstaates**

in der Wirtschaftskrise auseinander und weshalb es eine **offensive Haltung für den Ausbau** des Wohlfahrtsstaates braucht, um ihn nach der Krise zu verteidigen.

Wolfgang Katzian wiederum entwickelt eine ganze Reihe **offensiver und innovativer Ansätze**, um verloren gegangene **Anteile** der ArbeitnehmerInnen **am gesellschaftlichen Wohlstand** zurückzuerobern. Er argumentiert, dass **inhaltliche Visionen für die gewerkschaftliche** und politische **Arbeit** notwendig und durchaus praxisnahe sind.

Der SPD-Vordenker **Thomas Meyer** zeigt anhand der deutschen **Sarrazin-Debatte**, weshalb der von Sarrazin losgetretene »Integrations«-Diskurs sachlich unsinnig ist und weshalb die von ihm »gebrochenen Tabus« **keine echten Probleme** ansprechen, sondern vielmehr im Sinne der extremen Rechten **von diesen Problemen ablenken**.

In eine ähnliche Richtung geht der Innsbrucker Politikwissenschaftler **Reinhold Gärtner**, der die SPÖ angesichts von FPÖ-Wahlerfolgen eindringlich **vor** erfolglosen **Versuchen warnt**, in einer **schärferen Migrationspolitik** ihr Heil zu suchen.

Ludwig Dvořák skizziert in seinem Beitrag, inwiefern **Rot-Grün in Wien** landes- und bundespolitische **Bedeutung** zukommt.

Nach den **Buchtipps** setzt sich schließlich **Helene Schuberth** mit den Folgen der aktuellen Finanzturbulenzen **Irlands** für die **Zukunft des Euro-Raums** auseinander.

Wir wünschen eine spannende Lektüre,

LUDWIG DVOŘÁK



© ELISABETH HANDL

Inhalt

6 Reform durch Abschaffung

Von MARIA MESNER

10 Österreich, der erste schuldenfreie Staat der EU?

Von ALEXANDER DILL

13 Politik des Augenblicks: Wehrpflicht?

FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM

14 ELISABETH HANDL **ACH SO!**

16 Die Zukunft des Sozialstaates nach der Wirtschaftskrise

Von MARKUS MARTERBAUER

24 ELISABETH HANDL **ACH SO!**

26 Warum Gewerkschaften Visionen brauchen

Von WOLFGANG KATZIAN

32 ELISABETH HANDL **ACH SO!**

34 Ein »Ungeheuer« geschaffen

Von THOMAS MEYER

40 Immer wieder Ausländer

Von REINHOLD GÄRTNER

44 Was bringt Rot-Grün?

Von LUDWIG DVOŘAK

47 ELISABETH HANDL **ACH SO!**

48 Buchtipps

Sachliches und Belletristisches

50 Zur Überlebensfähigkeit des Euro

SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

Diese Ausgabe der »Zukunft« erscheint in einer Medienkooperation mit der WIENER ZEITUNG - der ältesten noch existierenden Tageszeitung der Welt. 1703 wurde das »Wienerische Diarium« gegründet. 1780 trennte man sich vom barocken Titel und nannte sich – WIENER ZEITUNG.

Eine Bestellmöglichkeit für die WIENER ZEITUNG finden Sie auf der linken Seite.

► www.wienerzeitung.at

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.^a Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Mag. Alesandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.^a Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ⁱⁿ Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag. Artur Streimelweger, Mag.^a Olivia Weiß **Production Manager:** Dr. Manfred Lang. **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenber Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Coverfoto:** © Elisabeth Handl

Reform durch Abschaffung

Im Zuge der Budgeterstellung ließ das Wissenschaftsministerium Anfang November verlautbaren, dass die Basisförderung für außeruniversitäre Einrichtungen jenseits der Boltzmann-Gesellschaft und der Akademie der Wissenschaften eingestellt werde und sorgte damit für lautstarke Proteste aus der Wissenschaftszene. Für Maria Mesner, Leiterin des mitbetroffenen Kreisky-Archivs, ist die Vorgangsweise ein Beispiel aus der österreichischen Wissenschaftspolitik, das zeigt, wie verantwortungslos mit wertvollen Forschungseinrichtungen umgegangen wird.

Das im »Vorwärts«-Gebäude in der Wiener Rechten Wienzeile untergebrachte Kreisky-Archiv steht Anfang November 2010 im 27. Jahr seiner Geschichte. Es verwahrt für die Geschichte der Zweiten Republik zentrale Dokumente, Fotos, Plakate, Videos: zur Entstehung des Staatsvertrages, den Reformen der 1970er Jahre, dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Entwicklung danach bis in die jüngste Vergangenheit.

Die sieben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind vollauf beschäftigt: mit den Vorbereitungen für den 100. Geburtstag Bruno Kreiskys im Jänner 2011, zwei Büchern und einem Projekt für Schüler und Schülerinnen; mit einer Ausstellung zu »100 Jahre Frauentag«, an der seit zwei Jahren gearbeitet wird und die Anfang März im Österreichischen Museum für Volkskunde eröffnet werden soll; das Manuskript für den Textband wurde gerade beim Verlag abgegeben, damit das Buch rechtzeitig fertig wird.

Am 4. November 2010 kommt ein Anruf aus dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: Die Basissubvention würde ab 1. Jänner 2011 ersatzlos gestrichen, es gäbe keine Übergangsfristen, keine Abfederung, die Maßnahme gelte nicht nur für das Kreisky- und damit auch das Dohnal-Archiv, sondern für die gesamte außeruniversitäre Forschung. Bisher waren von den jährlich etwa 102.000 Euro die Räumlichkeiten und der Archivbetrieb bezahlt worden. Noch einmal dieselbe Summe war von den MitarbeiterInnen des Archivs als Drittmittel eingeworben worden, für Forschungs- und Publikationsprojekte, Konferenzen, an denen WissenschaftlerInnen aus mehreren Kontinenten teilnahmen,

eine Website, auf der wichtige Dokumente, Bilder und Plakate für alle zugänglich gemacht werden.

WAS BEDEUTET DAS?

Mit dem Wegfall der Basissubvention wäre die materielle Grundlage des Archivs zerstört. Drei MitarbeiterInnen, erfahren, kenntnisreich und seit Jahren im Kreisky- und im Dohnal-Archiv beschäftigt, würden mit 1. Jänner arbeitslos; drei weitere im Lauf des kommenden Jahres, wenn sie laufende Projekte abgeschlossen haben. Wo das passieren soll, muss unklar bleiben, weil die Arbeitsräume nicht mehr finanziert werden können. Für die Zeitgeschichtsschreibung und damit für das Gedächtnis der Republik wichtige Bestände hätten keinen Ort mehr. Ob und wie laufende Verträge überhaupt rechtzeitig und rechtskonform aufgelöst werden können, ist zumindest fraglich. Die vor der Fertigstellung stehenden Projekte, in die bereits viel Geld und Energie geflossen ist, hängen, obwohl sorgfältig vorbereitet und durchgeführt, plötzlich in der Luft.

»Strukturbereinigung« nannte die zuständige Wissenschaftsministerin Beatrix Karl in den folgenden Tagen diese Maßnahme, von der über 70 Institutionen in ähnlicher Weise betroffen sind. In dem Schreiben, in denen sie die Leitungen der nun »eingesparten« Institutionen von der Streichung der Finanzierung informierte, warb sie um Verständnis für »diese harte, aber notwendige Maßnahme«, mit der sie jährlich insgesamt 8 Millionen Euro einsparen wollte – wobei offenbar die so in Kauf genommenen sozialen Kosten (Arbeitslosengeld, Verlust an Wissen und Know-How) großzügig übersehen wurden.

DER STAND DER DINGE

Offenbar hatten aber weder die Betroffenen noch eine kritische Öffentlichkeit »Verständnis« für die strukturzerstörende Maßnahme, die mühsam und sorgfältig aufgebautes Know-How und Wissen mit einem Mal wertlos und insgesamt wohl Hunderte WissenschaftlerInnen arbeitslos machen würde: In wenigen Tagen unterzeichneten Tausende Personen einen entsprechenden Protest. ORF, »Presse« und »Standard« berichteten täglich von den Situation der betroffenen WissenschaftlerInnen, dann auch »Neue Zürcher Zeitung« und die »Frankfurter Allgemeine«: Fassungslosigkeit und empörtes Staunen aller Orten. Ende November verlautet aus dem Wissenschaftsministerium, dass für einige der betroffenen Institutionen neue Strukturen gefunden werden sollten: durch die Anbindung an die – ebenfalls von der Sparpolitik stark betroffenen – Universitäten oder an die Österreichische Akademie der Wissenschaften bzw. durch die Schaffung eines Archivnetzwerkes zur »politischen Ideengeschichte seit 1918«.

Wie das alles vor sich gehen soll, wieviel das kosten wird und darf, ist zum jetzigen Zeitpunkt, also einen Monat bevor die Institutionen vor dem finanziellen Aus stehen, nicht einmal in großen Zügen bekannt. Die Verantwortlichen der betroffenen Institute werden so zu unverantwortlichem Handeln gezwungen: weil sie entweder – der finanziellen Not entsprechend – MitarbeiterInnen kündigen, die sie irgendwann Anfang des nächsten Jahres wieder dringend brauchen, oder weil sie das nicht tun, obwohl sie nicht wissen, wovon sie ab nächsten Monat die Gehälter bezahlen werden. Hunderte oft hochqualifizierte WissenschaftlerInnen wissen nicht, ob ihre Existenz ab Anfang Jänner noch eine materielle Grundlage hat.

DIE MALAISE DER FORSCHUNGSPOLITIK

Auf alle Sonntagsreden bloß stellende Art und Weise zeigt diese Geschichte aus dem Spätherbst 2010, was der österreichischen Politik ein paar hundert WissenschaftlerInnen, ein paar Dutzend Institutionen, die Grundlagen- und angewand-

te Forschung betreiben, die auf europäischer Ebene forschen und innovative ForscherInnen aus dem Ausland nach Österreich holen, wert sind: nämlich nichts, oder zumindest nicht viel. Und das ist eigentlich nichts Neues: Seit einigen Jahren war von einer Strukturreform der Förderung der außeruniversitären Forschung die Rede, zu Recht im Übrigen.

Über die Jahre hatten sich die verschiedensten Förderungen angesammelt. Es war nicht immer ganz klar, was da eigentlich vorangebracht werden sollte. Das Procedere der Förderung machte Planungen, die über ein Kalenderjahr hinausgingen, für die auf diese Weise Geförderten unmöglich. Anstatt klare Richtlinien vorzugeben, endlich, womöglich unter Einbeziehung der Betroffenen, die oft versprochene Strukturreform anzugehen, wurden die Förderungen einfach eingefroren, blieben seit Jahren immer weiter hinter der Inflation zurück: Gehälter konnten nicht angepasst, geschweige denn erhöht werden. Die traurige Regel sind prekäre Teilzeitarbeitsverhältnisse und gestückelte, an Projektlaufzeiten gebundene Verträge.


Jetzt soll die Reform durch Abschaffung ersetzt werden. Anstatt langfristig mit viel forschender Eigeninitiative aufgebaute Potenziale zu fördern, sollen sie zerstört werden. Die österreichische Forschungspolitik setzt auf große Strukturen. Nachdem in den letzten Jahren schon Fördertöpfe abgeschafft und zentralisiert, mithin homogenisiert wurden, soll nun mit der Forschung selbst dasselbe passieren. Wie ein Mantra wiederholt, wird mehr behauptet als bewiesen, dass große Einheiten die vielbeschworene Exzellenzforschung hervorbringen würden.

Gleichzeitig sind die größten Forschungseinrichtungen des Landes, die Universitäten, chronisch unterfinanziert und schon jetzt nicht in der Lage, genügend Studierende so auszubilden, dass die beschämend niedrige Akademikerquote Österreichs endlich auf das Niveau vergleichbarer Länder gehoben wird. Der Großteil der an den Hochschulen Lehren-

den ist, verständlicherweise, mit dem Ausmaß des Unterrichts überfordert.

Wo ist also der Platz für Forschung, gar für solche, die nicht sofort vermarktbar Erkenntnis verspricht? Ist nur das gesellschaftlich wertvoll, was sich leicht verkaufen lässt? Zweifellos wird an den Instituten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Boltzmann-Gesellschaft, die von der Wissenschaftsministerin mit leichter Hand als Kernbereich definiert und daher weiterhin gefördert werden, wertvolle, mitunter exzellente Forschung geleistet. Aber die Orte, die solche Forschung ermöglichen, werden mit der Zerstörung vieler Einrichtungen der außeruniversitären Forschung weniger – und das ist ein Schaden, für das Land, für die Gesellschaft, für die Zukunft.

NACHSATZ

Es steht zu hoffen, dass die vom Wissenschaftsministerium nun initiierten Gespräche konstruktiv verlaufen und zu nachhaltigen, produktiven Lösungen führen: damit Potenziale entwickelt und gefördert werden, anstatt ihre materielle Grundlage zu zerstören. Aber: Gute, effiziente Strukturen, die die dringend notwendige Forschung befördern und sie tatsächlich exzellent werden lassen, gibt es nicht zum Nulltarif. 

MARIA MESNER

st Leitern des Dr.-Bruno-Kreisky-
und des Johanna-Dohnal-Archivs.

insert

Österreich, der erste schuldenfreie Staat der EU?

In der **Budgetdebatte** erlebte das Wort »Schuldenbremse« einen geradezu inflationären Gebrauch. Der Schweizer Soziologe Alexander Dill will in der Schuldendebatte unkonventionelle Wege gehen: Statt das Defizit zu reduzieren und dabei Sozialkapital zu vernichten, sollte der Staat lieber die in den letzten Jahren rasant gewachsenen privaten Vermögen für einen staatlichen Tilgungsplan heranziehen.

Am 8. Jänner des Jahres 2002 beschloss die österreichische Regierung eine revolutionäre und bis dahin in anderen EU-Staaten unbekannte Einrichtung: den Staatsschuldenausschuss (STA), dem nicht nur Mitglieder der Regierung, sondern auch der Wirtschafts- und Arbeitskammern angehören. In Deutschland gibt es kein vergleichbares Gremium. Ein Bundesrechnungshof wacht dort über die Ausgabendisziplin des Staates.

Man möchte meinen, seit der Weltfinanzkrise stünde der Ausschuss im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der wirtschaftspolitischen Debatten in Österreich. Dem ist leider nicht so. Nach Angaben der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (öBFA) sitzen inzwischen 70 % der Gläubiger der österreichischen Staatsanleihen im Ausland. Der Anteil von Staatsanleihen im Vermögensportfolio der Österreicher betrug Ende 2009 nur 0,3 %. Anders gesagt: Jeder Haushalt verfügte nur über Staatsanleihen für 400 Euro. Damit ist die Rückzahlung der Staatsschulden leider kein innerösterreichisches Umschuldungsproblem, sondern eine Frage der internationalen Beziehungen, wie sie die Akteure eines globalen Finanzmarktes, neben den Banken und Pensionsfonds etwa der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die in Basel ansässige *Bank of Settlements* vorschreiben.

WENN DIE GLÄUBIGER GELD BRAUCHEN

Österreichische Anleihen zählen zu den sichersten der Welt. Ihr Zinssatz bewegt sich nach unten. Das gilt aber nur solange, wie es den Gläubigern so gut geht, dass sie sich Sicherheit zum Minizins leisten können. Sollten diese, etwa durch einen Dollarverfall oder Crash in den USA gezwungen sein, ihre sichersten Werte zu verkaufen – österreichische und deutsche

Staatsanleihen zum Beispiel – dann wird der Markt sie nicht aufnehmen können. Wenn aber die Anleihen nicht mehr absetzbar sind und ihre Ablösung durch Folgeanleihen finanziert werden muss, dann steigt der Zinssatz auf irische oder griechische Sätze. Die jährliche Zinsbelastung stiege dann von 6 Milliarden Euro jährlich auf 18 Milliarden – Österreich stünde vor dem Bankrott.

Der Schuldenausschuss hat bisher das Wort Tilgung noch nicht ein einziges Mal verwendet. Als Empfehlung wird stattdessen Haushaltsdisziplin eingefordert. Eine Begrenzung der Neuverschuldung gilt bereits als großer Erfolg. Allerdings würden selbst drastische Einsparungen von 2 oder 4 Milliarden Euro im Jahr völlig wirkungslos sein, wenn die Zinslast um 12 Milliarden Euro jährlich steigt. Da diese Einsparungen mit enormen Opportunitätskosten verbunden sind und den sozialen Frieden, auf dem der österreichische Wohlstand beruht, völlig zerstören können, ist ihr Erfolg ungewiss.

WAFFE GEGEN DEN STAATSBANKROTT

So beruht der hohe Wert österreichischer Eigenheime im Privatbesitz ganz wesentlich auf den öffentlichen Gemeingütern Sicherheit, Infrastruktur und Umweltschutz. Diese *public goods* erst eröffnen den Raum für dauerhafte Wertstabilität durch die Attraktivität des Standorts. Die Kinder der wohlhabenden Mittel- und Oberschicht Österreichs können auf Staatskosten maturieren und ein Universitätsstudium absolvieren. Insbesondere der Mittelstand ächzt allerdings unter einer auch im internationalen Vergleich hohen Steuer- und Abgabelast. Die Abschaffung der Erbschaftssteuer und die jahrzehntelange Begünstigung des Aufbaus von Privatvermögen etwa in Privatstiftungen und durch Nichtbesteuerung der Vermögenszu-

wächse hat größere Vermögen und deren Ansiedlung und Erhaltung in Österreich sehr gefördert. Wohnbauförderung und Gemeindewohnungsbau haben dafür gesorgt, dass auch mit niedrigeren Einkommen eine Teilnahme an der Konsumgesellschaft möglich wurde.

Das Ergebnis dieser Begünstigung ist nach der gerade erschienenen Berechnung im *Global Wealth Report 2010* der Credit Suisse ein Pro-Kopf-Vermögen von 101.010 Euro, das überwiegend in selbstgenutzten Immobilien liegt. Diesem steht eine staatliche Pro-Kopf-Verschuldung von 22.034,60 Euro gegenüber. Damit betragen die staatlichen Schulden genau 21,81 % der Privatvermögen. Dies ist im internationalen Vergleich ein fast paradiesischer Wert. Fachleute rechnen etwa für die USA und Großbritannien mit ihren traditionell niedrigen Sparquoten damit, dass die Privatvermögen dort nicht einmal die Staatsschulden decken können.

TILGUNG IST EINE GEMEINSCHAFTSAUFGABE

Wenn Österreich ernsthaft mit der Tilgung seiner Staatsschulden beginnen möchte, anstatt weiter auf die Phantasieeinnahmen aus künftigem Wachstum zu hoffen oder die Hoheit über den eigenen Staatshaushalt zu verlieren, müssen innerösterreichische, traditionelle Konfliktlinien zwischen Rot, Schwarz, Blau und Grün, zwischen ländlich-landwirtschaftlichen und städtisch-postmodernen Bürgerinnen und Bürgern, zwischen Mietern und Grundeigentümern verschoben werden.

Was sie eint und verbindet, nennen Soziologen gerne Sozialkapital. Diese Wortkombination bedeutet, das auch der soziale Zusammenhalt einen ökonomischen Wert hat. Diesen spürt man bereits, wenn Nachbarn einander beim Hausbau helfen, auf die Kinder aufpassen und gemeinsam dafür sorgen, dass sich keine Kriminellen an die offenen Häuser wagen. Im Falle der österreichischen Staatsschulden ist er allerdings sehr genau zu beziffern: 190,66 Milliarden Euro. Diesen Betrag müssen die Besitzer des österreichischen Staates, seine Bürgerinnen und Bürger, gemeinschaftlich aufbringen. Es wird

Stimmen geben, die sich am Begriff gemeinschaftlich mit Berufung auf den Artikel 5 des österreichischen Staatsgrundgesetzes stören werden. In diesem heißt es: »Das Eigentum ist unverletzlich. Eine Enteignung gegen den Willen des Eigentümers kann nur in den Fällen und in der Art eintreten, welche das Gesetz bestimmt.«

Nimmt man den Gedanken ernst, die Österreicher seien über ein gemeinschaftliches Sozialkapital verbunden, dessen sichtbarer Ausdruck ihr gemeinsam erreichter Wohlstand ist, so wird man dieses nicht nur durch gesetzliche Zwangsmaßnahmen motivieren können. Vielmehr muß zunächst der Versuch unternommen werden, die Tilgung und die Schritte zu ihr öffentlich zu diskutieren. Als Ergebnis kann es dann sowohl gesetzliche wie bürgerschaftliche Maßnahmen oder beides geben.

Als das *Basel Institute of Commons and Economics* in Deutschland einen Tilgungsplan vorstellte, bildete sich dort eine Tilgungsinitiative. Mit 10.000 Euro begann der Mannheimer Professor Jochen Hörisch die bedingungslose Tilgung – zur Überraschung aller, die zwar bei einer Tilgungsaktion mitmachen würden, dies aber von zahlreichen anderen Bedingungen abhängig machen möchten, deren Einhaltung außerhalb ihres persönlichen Handlungsbereiches liegt. Hörisch liefert ein Beispiel, das Schule machen könnte.

In Deutschland wurden allerdings mit dem 1952 beschlossenen Lastenausgleichsgesetz, das eine dreißigjährige Vermögensabgabe von 1949–1979 beinhaltete, bereits einmal erfolgreich die Staatsschulden getilgt. Es mag gerade für österreichische Konservative erstaunlich klingen, aber 1952 war der CSU-Politiker Fritz Schäffer Finanzminister, kein »roter Dieb«.

ERSTER SCHRITT

Um von der theoretischen Debatte über Staatsverschuldung und Sozialkapital zu einem praktischen Handlungsansatz zu

kommen, hat das *Basel Institute of Commons and Economics* einen Tilgungsplan für die Republik Österreich entworfen. Er basiert auf den aktuellen Zahlen der Österreichischen Nationalbank und stellt den ersten öffentlichen Tilgungsplan in einem EU-Staat dar. Er könnte – sollte er auf politische Zustimmung stoßen – in den Haushaltsberatungen des Nationalrates zum nächsten Haushalt beschlossen, zumindest aber abgelehnt werden. Hier ist er:

Tilgungsplan österreichische Staatsschulden

Stand 27.10.2010: 190,66 Mrd. Euro

Jahr	Tilgung in Mrd. Euro	Prozent der Staatsschuld
2011	28,60	15
2012	24,78	13
2013	22,88	12
2014	20,97	11
2015	19,07	10
2016	17,16	9
2017	15,25	8
2018	13,35	7
2019	11,44	6
2020	9,53	5
Zwischensumme	183,03	96
Langläufer und Marktreserven	7,63	4
Endsumme	190,66	100

Quelle: Österreichische Nationalbank nach Maastricht-Kennzahlen, Oktober 2010

ZWEITER SCHRITT

Nach dem Tilgungsplan müssten 2011 Staatsanleihen in Höhe von 30 Milliarden Euro zurückbezahlt und nicht von neuen Anleihen abgelöst werden. Dieser Betrag ist in keiner denkbaren Haushaltseinsparung aufzubringen. Aufgrund der historisch niedrigen Zinsen ist für die Umsetzung der Tilgung allerdings der ideale Zeitpunkt. Wird nämlich die Tilgung durch eine von der Österreichischen Nationalbank begebene

Zwangsanleihe umgesetzt, mit der im ersten Tilgungsjahr etwa 4 % der insgesamt nötigen 21,82 % der privaten Geld-, Gold- und Grundvermögen belastet werden, so könnten die Vermögensbesitzer wählen, ob sie die Anleihe sofort tilgen oder aber zu einem niedrigen Zins weiter bedienen möchten. Bei einem etwas über dem EZB-Zinssatz liegenden Zinssatz von 1,5 % würde das bedeuten, dass eine Vermögensabgabe von 200.000 Euro einen Jahreszins von 3.000 Euro kostet. Faktisch besteht die Tilgung in einer Umschuldung der Staatsschulden auf die privaten Vermögen. Da der Kreditgeber aber der Staat ist, können diese von dessen günstigen Refinanzierungsbedingungen profitieren, die sich durch die Tilgungsaktion sogar noch verbessern könnten.

Wie in Deutschland 1952, würde auch hier ein erheblich zurückliegender Stichtag gewählt, der sichert, dass kein wesentlicher Vermögensabzug realistisch umsetzbar ist. Da von dem Vermögenszuwachs im Österreich der letzten Dekade – 42,75 % laut Credit Suisse – auch Ausländer profitiert haben, wird die Abgabe auch auf deren österreichische Vermögenswerte erhoben.

Das Basel Institute of Commons and Economics bietet dazu den Mitgliedern des Staatsschuldenausschusses, der Regierung und des Nationalrates, der Landesregierungen sowie den Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen an, das Tilgungskonzept im Dialog auf eine gesellschaftlich, politisch und gesetzlich konsensfähige Ebene zu bringen.

Lassen Sie uns gemeinsam Österreich als ersten Staat der EU erfolgreich entschulden!



ALEXANDER DILL

ist Vorstand des Basel Institute
of Commons and Economics.

► www.common.ch

Politik des Augenblicks: Wehrpflicht?


Warum interessiert uns die Frage der militärischen Sicherheitspolitik eigentlich immer nur zur Stimmungsmache?

Als vor einigen Jahren die Frage anstand, ob die alten Draken durch neuere Abfangjäger ersetzt werden sollten, waren wir primär dagegen, für diese Zwecke so viel Geld auszugeben und haben uns 2006 angeblich auch deshalb für das Bundesministerium für Landesverteidigung entschieden, um aus dem Eurofighter-Vertrag aussteigen zu können. Bloß: Steht hinter dieser Linie irgendein weiterführender Gedanke? Warum ist er nicht bekannt geworden?

Freilich – jetzt ist für die Gedanken in dieser Frage Unzeit. Die Eurofighter sind nun mal da, mussten abgenommen werden und blieben teuer. Bloß: Wie ersparen wir den Steuerzahlern künftig derartige Investitionen? Könnten wir nicht diese Frage zumindest auf Vorrat beantworten? Zum Beispiel so: Österreich ist Mitglied der Europäischen Union und liegt nicht mehr an deren Außengrenze. Was spricht eigentlich dagegen, die Luftraumüberwachung in der EU gemeinsam vorzunehmen? Wäre das nicht wesentlich effizienter und auch billiger? Immerhin gibt es in der EU etwa 4000 Abfangjäger. Bei rechtzeitiger Entwicklung eines Konzepts wäre bereits die Anschaffung der Eurofighter vermeidbar gewesen. Bis zu deren Nachfolgern sollte es immerhin möglich sein, eine andere Lösung zu haben.

Und jetzt wieder: Wie zufällig kommt im Wahlkampffinale zur Wienwahl der Gedanke auf, die Wehrpflicht – ihre Aufrechterhaltung oder Abschaffung – einer Volksbefragung zu unterwerfen. Taktisch eine Meisterleistung, die mediale Lufthoheit bringt. Aber sind die Konsequenzen einer allfälligen Abschaffung der Wehrpflicht inhaltlich auch nur ansatzweise überlegt worden? Wenn man sich erinnert, dass gerade noch der Verteidigungsminister voll Überzeugung das gemischte System aus Berufs-, Miliz- und Wehrpflichtigenelementen verteidigt hat, wäre es zumindest erstaunlich, wenn es jetzt bereits konkrete Überlegungen für ein Bundesheer ohne Wehrpflichtige gäbe.

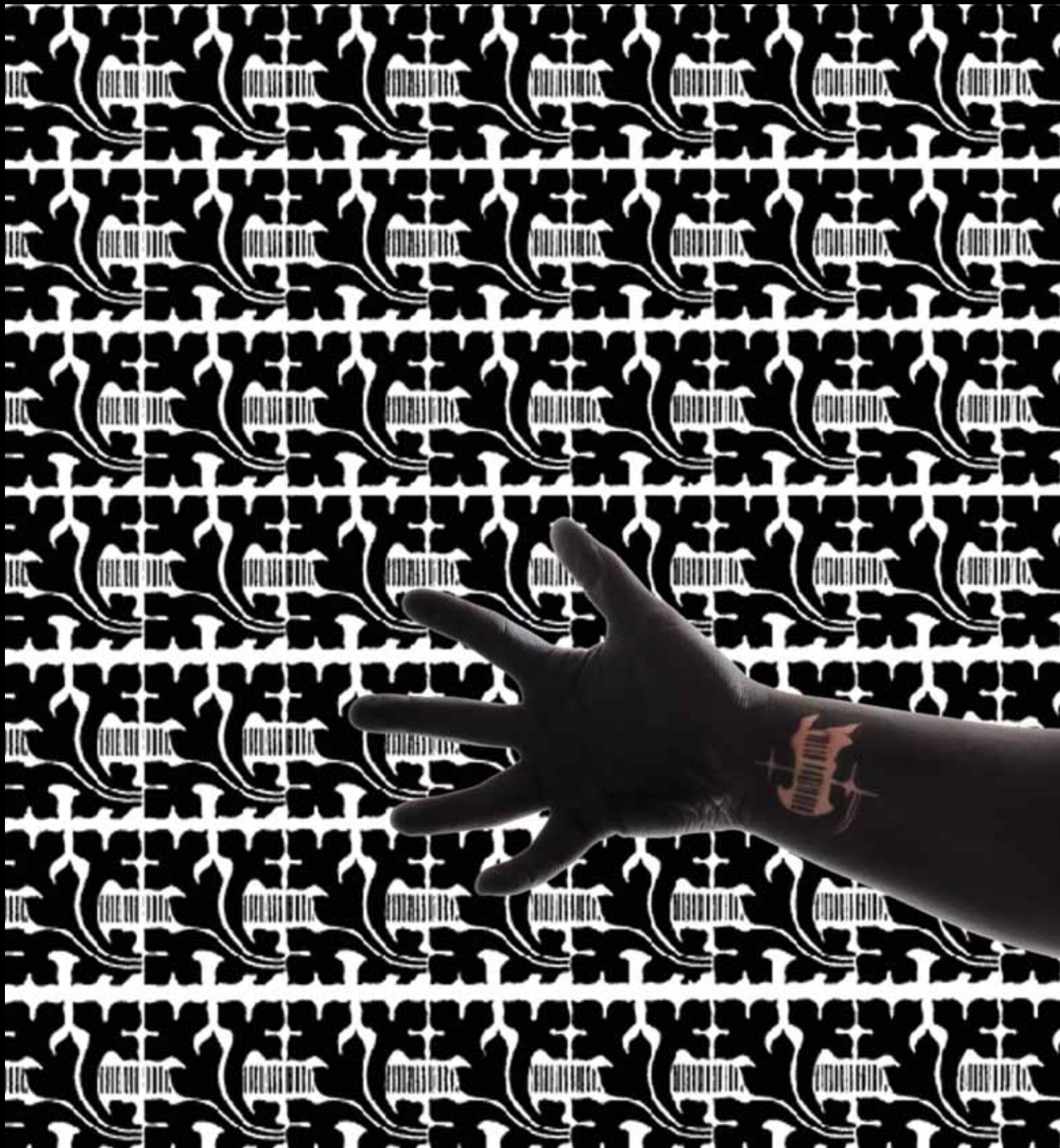
Ich habe mir schon vor einigen Jahren einen Diskussionsanstoß – wiewohl zur Unzeit – erlaubt, der darauf hinaus gelaufen ist, ein kleineres, aber deutlich professionelleres Heer zu planen. Truppenstärke ist heute keine sinnvolle Zielsetzung mehr. Und eine bloß teilweise Rekrutierung der Nichtverweigerer, sofern sie tauglich sind, wirft Fragen der Gerechtigkeit auf. Warum ist es mit uns nicht möglich, einmal eine ernsthafte Diskussion über die notwendige und die wünschenswerte Seite der militärischen Sicherheitsoption zu führen und erst dann zu populären Lösungsvorschlägen zu kommen, wenn wir wissen, was wir brauchen?

Lässt nicht auch die Frage, wie Katastrophenhilfe und wie Zivildienst organisiert werden soll, wenn es keine Wehrpflicht mehr gibt, ganz interessante politische Überlegungen zu – abgesehen davon, dass es notwendig ist, diese Fragen vernünftig zu beantworten. Wie wäre es mit der Einrichtung eines freiwilligen Gemeinschaftsjahres – mag es auch nur 8 oder 9 Monate dauern – dessen Absolvierung, bezahlt wie der Zivildienst, Voraussetzung für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst sein könnte? Natürlich sollte es Männern und Frauen gleichermaßen offen stehen und die Ausbildung und den Einsatz für gemeinschaftsbezogene Aufgaben umfassen. Oder würden diese oder ähnliche Überlegungen einer Volksbefragung ihren Reiz nehmen? 

CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.

ACH SO!

ELISABETH HANDL





In einem Wettstreit zwischen Kommerz und Freiheit gewinnt das Gefühl.

Elisabeth Handl kommuniziert über ihre Kunst Eindrücke und Empfindungen, die einen dazu reizen Stellung zu beziehen und sich hinein-zufühlen. Im Schaffensrhythmus lässt sie das innere Geheimnis »des Anderen« nur kurz aufblinzeln und stellt es niemals zur Schau. Respekt, Akzeptanz, Toleranz und Offenheit gepaart mit Loyalität sind unabdingbare Eigenschaften ihrer Arbeiten. Es geht ums Verbinden, Gegensätze vereinen, ohne dabei die Individualität aufzugeben.

Die »Ach so!«-Reihe repräsentiert die Leitsätze der Künstlerin. Menschen von unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft tragen einen Aspekt des Hintergrundmusters auf der Haut. Sie haben es sich »angezogen«, was den Betrachter von ihrer Enthüllung und ihrem Naturzustand, die sich in der eher reservierten Haltung offenbaren, ablenkt. Jeder von ihnen trägt sein »Schema« auf einer individuellen Stelle des Körpers. Auch hier vereint Elisabeth Handl fantasievoll und spielerisch Gegensätze. Man erblickt das kleinste gemeinsame Vielfache des menschlichen Daseins in Darstellung, Ausdruck und der Entscheidung, Teil eines Ganzen zu werden, ohne sich völlig davon »bemustern« zu lassen.

Text: Radmila Grinberg / Künstlerin, Psychologin

► www.elisabethhandl.com

Die Zukunft des Sozialstaates nach der Wirtschaftskrise

Obwohl der Sozialstaat gerade in der Krise seine ökonomische Sinnhaftigkeit gezeigt hat, steht er angesichts europaweiter Kürzungsprogramme politisch unter Druck. Markus Marterbauer skizziert in seinem Beitrag nicht nur Argumente für die Verteidigung, er zeigt vor allem auch auf, dass der Ausbau der sozialen Sicherheit offensiv angegangen werden muss, um den Sozialstaat politisch absichern zu können.

1. Der Sozialstaat verhinderte eine Depression wie in den 1930er Jahren

Der europäische Sozialstaat hat in der Finanzkrise der Jahre 2008/09 wesentlich dazu beigetragen, das Abgleiten in eine Depression im Ausmaß der 1930er Jahre zu verhindern. Das Sozialsystem dämpfte nicht nur die Krisenfolgen für die Betroffenen, sondern federte den gesamtwirtschaftlichen Konjunkturreinbruch ab.

Als besonders wirksam erwiesen sich die »automatischen Stabilisatoren« des Sozialstaates: Der Rückgang der Beschäftigung und der Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpften einerseits die Beitragseinnahmen und lösten andererseits zusätzliche staatliche Ausgaben in der Arbeitslosen- und wegen des Anstiegs der Zahl der Frühpensionen auch in der Pensionsversicherung aus. Geringeres Aufkommen an Abgaben und steigende Sozialtransfers ließen ein Defizit in der Sozialversicherung und im Budget entstehen, erhöhten aber gleichzeitig die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Damit stabilisierten sie die Konsumausgaben und die Konjunktur.

Die Wirkung dieser automatischen Stabilisatoren des Sozialstaates ist umso höher, je stärker progressiv die Finanzierung des Sozialstaates und je höher die Ersatzraten der Sozialtransfers. Kontinentaleuropäische Sozialstaaten wie Deutschland und Österreich sowie skandinavische Wohlfahrtsstaaten wie Dänemark und Schweden weisen deshalb eine viel stärker stabilisierende Wirkung des Sozialsystems auf als die süd- und osteuropäischen Staaten oder die USA mit ihrem schwach entwickelten Sozialschutz.

Die automatischen Stabilisatoren wurden in vielen Ländern um diskretionäre Maßnahmen ergänzt, diese umfassten neben Steuersenkungen und zusätzliche öffentliche Investitionen auch die Ausweitung der Sozialtransfers. Das Ausmaß der zusätzlichen Maßnahmen war zwischen den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, im Durchschnitt der EU betrug es in den Jahren 2009 und 2010 etwa 1¼ Prozent des BIP, drei Viertel des Volumens entfielen auf sozialpolitische Maßnahmen im weiteren Sinn, inklusive der Senkung der Einkommensteuern und der Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung.

Die stabilisierende Wirkung des Sozialstaates geht noch weit über die genannten Maßnahmen hinaus, denn das Sozialschutzsystem beeinflusst ganz wesentlich die Erwartungen der Menschen: Konfrontiert mit grassierender Arbeitslosigkeit und wachsender Unsicherheit bezüglich der künftigen Einkommen neigen viele Haushalte in einer Krise zu einer Ausweitung des Sparanteils an ihrem Einkommen. Macht sich dieses »Angstsparen« breit, so droht eine Verschärfung der Krise, denn die Folge ist ein Rückgang der Konsumausgaben, damit der Produktion und der Beschäftigung. Die Einkommenssicherung durch das Sozialversicherungssystem und die aktive Bekämpfung der Krise stabilisieren die Erwartungen und verhindern Angstsparen. Das ist vielleicht der wichtigste Stabilisierungsbeitrag.

Der gravierend höhere Staatseinfluss in der Bekämpfung der großen Rezession 2008/2009 stellt in Europa den bedeutendsten Unterschied zur Depression der 1930er Jahre dar. Damals war der Staatsanteil an der Wirtschaft sehr gering, der

I JUDT TONY, *Ill fares the land*, Allen Lane, London 2010.

Sozialstaat noch kaum entwickelt und die Bereitschaft zur aktiven konjunkturpolitischen Gegensteuerung fehlte weitgehend. Heute beträgt der Staatsanteil an der Wirtschaftsleistung in der EU etwa vierzig Prozent, in den skandinavischen Ländern mehr als fünfzig Prozent; die Sozialausgaben erreichen in der EU 26 Prozent des BIP, in Österreich 28 Prozent und in Schweden dreißig Prozent. Der europäische Sozialstaat hat in der Wirtschaftskrise – trotz der enormen Unterschiede zwischen den Ländern – nicht nur die soziale und wirtschaftliche Lage der Menschen stabilisiert, sondern auch einen noch tieferen Einbruch der Konjunktur verhindert.

2. Die Werte des Sozialstaates verteidigen

Trotz dieser unbestreitbaren Meriten wird der Sozialstaat in Folge der Krise aus zwei Gründen erheblich unter Druck kommen. Erstens, bedeuten der Rückgang von Beschäftigung und Einkommen und die Kosten von Arbeitslosigkeit und Frühpensionierungen in der Krise eine erhebliche langfristige finanzielle Belastung für das soziale Sicherungssystem. Im Jahr 2011 werden die Einnahmen der Sozialversicherung aufgrund der Krise in Österreich um mehr als 3 Mrd. Euro niedriger liegen.

Zweitens bilden die hohe Arbeitslosigkeit und die umfangreichen Defizite in der Sozialversicherung politische Rahmenbedingungen, in denen Sozialschmarotzerdebatten geschürt werden und Versuche rege gedeihen, den Sozialstaat zurückzudrängen. Schon im Zuge der Debatte um die Budgetkonsolidierung nach der Krise ist der Sozialstaat als Ziel umfangreicher Milliardenkürzungen ins Spiel gebracht worden: Das Gesundheitssystem wurde als Fass ohne Boden dargestellt, im öffentlichen Pensionssystem werden Einsparungsmöglichkeiten in Milliardenhöhe gesehen. Diese Debatte wird sich weiter verschärfen. Wir stehen trotz einer Relation der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen zu jener offener Stellen von 10 zu 1 vor einem Wiederaufflammen der Unterstellung, die Arbeitslosen wollten generell gar nicht arbeiten. Die Verpflichtung für die Bezieher von Mindestsicherung, eine schlecht bezahlte »gemeinnützige« Arbeit anzunehmen,

geistern ebenso wieder durch die Medien wie eine intensive Debatte um die Generationengerechtigkeit: Die hohen Staatsschulden seien eine untragbare Belastung für die Enkelgeneration und das öffentliche Pensionssystem sei unfinanzierbar. Vor allem der Umbau des öffentlichen Pensionssystems in eine Mindestsicherung im Alter und die Ergänzung um eine geförderte private Pensionsvorsorge – eine alte Forderung der Neoliberalen – wird neuerlich auf das politische Tapet kommen.

Der Sozialstaat ist es wert, gegen diese Angriffe vehement verteidigt zu werden. Es gibt zwei vernünftige Möglichkeiten, zu reagieren. Zum ersten, die defensive Antwort: Mit ihr wird die wichtige Rolle des Sozialstaates in der wirtschaftlichen und sozialen Absicherung der Krisenopfer und in der umfassenden Bereitstellung von Sicherheit für die »kleinen Leute« betont. Der traditionelle Sozialstaat hat sich in der Krise gut bewährt. Der britische Historiker und Intellektuelle Tony Judt hat im letzten Buch vor seinem Tod »*Ill fares the land*« darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, diese Verdienste des Sozialstaates bei der Abwehr der neoliberalen Bemühungen um seinen Abbau in den Vordergrund zu stellen.

Judt betont, dass wir vor einem neuen Zeitalter der Angst und Unsicherheit stehen: Sie sind eine Folge des enormen Tempos der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, der Probleme des Klimawandels und des Finanzsystems, der Angst vor Jobverlust und sozialem Abstieg. Besonders die Sozialdemokratie, so Judt, habe in diesem Umfeld große politische Chancen, denn sie verfüge über ein Instrument zur Eindämmung von Unsicherheit und Angst: den Sozialstaat. Die Linke müsse sich deshalb darauf konzentrieren, die sozialen Errungenschaften zu verteidigen und zu bewahren. Dabei müsse sie in der politischen Debatte mit Vehemenz die Frage stellen, welche Gesellschaft wünschenswert sei und dabei die Idee der Gleichheit wieder in den Mittelpunkt rücken.¹ Der Sozialstaat sichert die kleinen Leute gegen die wirtschaftlichen und sozialen Risiken ab, von Arbeitslosigkeit über Krankheit und Arbeitsunfähigkeit bis zum Alter. Damit

2 GUGER ALOIS (Projektleitung) u.a., *Umverteilung durch den Staat in Österreich*, WIFO-Studie, Wien, 2009; GUGER ALOIS, MARTERBAUER MARKUS, *Umverteilung durch den Staat*, WIFO-Monatsberichte 11/2009.

3 ESPING-ANDERSEN GOSTA, *The Incomplete Revolution. Adapting to Women's New Roles*, Polity Press, Cambridge 2009, S. 162.

bietet er ihnen Sicherheit. Die Leistungen des Wohlfahrtsstaates gehen aber darüber hinaus. Er bietet auch Perspektiven und Hoffnung, zum Beispiel in dem er den Kindern gute Ausbildung und Aufstiegschancen gibt. Der Sozialstaat ist ein Schritt zur Waffengleichheit mit den Reichen. Ihnen gibt ihr Vermögen Sicherheit gegen die Risiken des Lebens. Ein guter Sozialstaat kann den kleinen Leuten das sein, was den Reichen ihr Vermögen ist.

Vom Sozialstaat kontinentaleuropäischen und skandinavischen Typs profitieren im Wesentlichen alle Leute. Er bietet ihnen eine Versicherung für Perioden, in denen kein hohes Erwerbseinkommen bezogen werden kann. Die Beiträge für diese Versicherung zahlen sie in Lebensphasen, in denen sie Erwerbseinkommen erzielen.

Der Sozialstaat verteilt Einkommen von den derzeit Beschäftigten zu den Pensionisten, von den Beschäftigten zu den Arbeitslosen, von den Gesunden zu den Kranken, von den Haushalten ohne Kinder zu jenen mit Kindern. Dadurch profitieren alle Menschen vom Sozialstaat, aber eben zu unterschiedlichen Zeitpunkten während ihres Lebens: Der Mittelschicht leistet das öffentliche Pensionssystem eine gute Absicherung im Alter, die breite Bevölkerung hat Zugang zur Spitzenmedizin, auch reiche Witwen und Yuppies profitieren von Heimhilfen und Kindergärten. Vor allem entsprechen die guten sozialstaatlichen Leistungen den Interessen der Frauen. Dadurch unterstützt eine breite Mehrheit der Bevölkerung den Sozialstaat.

Als Folge der beschriebenen horizontalen Verteilungswirkungen zwischen Phasen der Erwerbstätigkeit und Lebensphasen ohne Erwerbseinkommen entstehen auch vertikal Verteilungseffekte, von oben nach unten: Die Gesundheits- und Bildungsleistungen, die Familienbeihilfen und Arbeitslosengelder machen zeitpunktbezogen gemessen am Einkommen in den unteren Einkommensgruppen viel mehr aus als in den oberen.² Die in Anspruch genommenen staatlichen Gesundheits-

leistungen betragen im unteren Einkommensdrittel der Haushalte fast vierzig Prozent des Einkommens, im oberen Drittel hingegen nur acht Prozent. Das hat nur zum kleinen Teil damit zu tun, dass Ärmere öfter krank werden, sondern primär damit, dass die gleichen Leistungen gemessen am Einkommen unten viel und oben wenig ausmachen. Ähnlich bei den öffentlichen Bildungsleistungen: Sie betragen im unteren Drittel 16 Prozent des Einkommens, im oberen nur zwei Prozent.

Die staatlichen Familienleistungen von der Kinderbeihilfe über das Karenzgeld bis zum Kindergarten machen im unteren Drittel aller Haushalte zwölf Prozent des Einkommens aus, im oberen ein Prozent. Betrachtet man nur Haushalte mit Kindern, so betragen die Familienleistungen im unteren Drittel mehr als vierzig Prozent des Haushaltseinkommens. Die Arbeitslosengelder bessern das Haushaltseinkommen im unteren Drittel um zwölf Prozent auf, hingegen spielen sie im oberen Drittel keine Rolle. Die Sachleistungen und Geldleistungen des Sozialstaates sind im Prinzip für alle gleich. Doch gemessen an der sozialen Lage profitieren vor allem die unteren und mittleren Gruppen. Sie könnten sich ein Gesundheits- und Bildungssystem dieser Qualität nicht leisten, müssten sie die Inanspruchnahme privat finanzieren.

Der Sozialstaat leistet für die Menschen sehr viel. Er verpflichtet alle Beschäftigten, in Zeiten der aktiven Erwerbstätigkeit in ein solidarisches Versicherungssystem einzuzahlen und ermöglicht in Zeiten ohne Erwerbstätigkeit, eine soziale Absicherung aus dem System zu beziehen. Er lässt die kleinen Leute von Bildungs- und Gesundheitsleistungen profitieren, von denen sie sonst nur träumen könnten. Tony Judt hat recht: Der Sozialstaat ist es wert, verteidigt zu werden. In diesem Sinn sollen die Verteidiger des Sozialstaates konservativ sein. Es gilt etwas zu bewahren. (Siehe Übersicht 1, Seite 19)

3. Herausforderungen für den Sozialstaat

Doch auf den Sozialstaat traditionellen Typs warten große Herausforderungen, die ihn vor allem finanziell erheblich un-

Übersicht 1: Umverteilung durch Staatsausgaben

Inanspruchnahme von staatlichen Leistungen durch Nicht-Selbständigenhaushalte gemessen am Bruttoäquivalenzmarkteinkommen (2005)

Einkommensdrittel	oberes	mittleres	unteres
Gesundheit u. Pflege	39,7	16,8	8,1
Bildung	16,6	7,3	2,3
Familienleistungen	12,1	4,3	1,2
Arbeitslosengeld u. ä.	12,6	0,6	0,1

Q: Guger et al. Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO-Studie (2009).

ter Druck bringen und politisch gefährden können. Die am öftesten genannte Herausforderung besteht in der demographischen Verschiebung. Im Jahr 2010 standen den 1,475 Millionen Personen, die 65 Jahre und älter waren, 5,178 Millionen Personen im Haupterwerbsalter von zwanzig bis 64 Jahren gegenüber. Auf eine Person im Pensionsalter kamen somit $3\frac{1}{2}$ Personen im erwerbsfähigen Alter. Diese Relation wird sich in den nächsten Jahrzehnten merklich verringern. Zwar geht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter kaum zurück, doch jene, die älter als 65 Jahre ist verdoppelt sich nahezu. Im Jahr 2030 werden auf einen Pensionisten knapp $2\frac{1}{2}$ Personen im erwerbsfähigen Alter kommen, für das Jahr 2050 erwartet die Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria eine Relation von knapp unter 2. (Siehe Abbildung 1, Seite 23)

Die Alterung der Bevölkerung bringt Belastungen für die Finanzierbarkeit des öffentlichen Pensionssystems mit sich, bedeutet allerdings sicherlich nicht – wie in der öffentlichen Debatte schon fast als Faktum angenommen – seine Unfinanzierbarkeit. Denn entscheidend ist nicht das Verhältnis der Zahl der Erwerbstätigen zu jener der Pensionisten, sondern die Höhe des Einkommens, das die Erwerbstätigen produzieren. Dieses Einkommen bestimmt den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung, der Erwerbstätigen, der Kinder und der Personen im Ruhestand.

Eine Politik, die sich die Finanzierbarkeit des Pensionssystems zum Ziel setzt, muss deshalb als erstes überlegen, wie sie die künftigen Einkommen erhöhen kann. Oder wie der dänische Soziologe Gosta Esping-Andersen sagt: »*Retirement Reform must begin with babies.*« Eine erfolgreiche Pensionspolitik beginnt damit, dass man mehr in das Bildungssystem investiert und dort beginnt, wo das die höchsten Erträge abwirft: Im Ausbau der Kindergärten, um die Fähigkeiten und Chancen der Kleinkinder zu verbessern. Dies hat viele positive Folgen, vor allem gesellschaftliche und soziale, aber auch wirtschaftliche: unmittelbar steigen die Erwerbsquoten von Frauen, damit auch kurzfristig deren Beiträge zur Finanzierung des

Sozialsystems, langfristig stiegen auch die Einkommen der Kinder.³

In zweiter Linie widmet sich eine vernünftige Pensionsreform einer Veränderung der Parameter des Pensionssystems im engeren Sinn. Den wichtigsten Ansatzpunkt bildet ein späterer Pensionsantritt, denn dieser hat unter finanziellen Gesichtspunkten zwei Vorteile: längere Einzahlungs- und kürzere Auszahlungszeiten. Eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters bringt allerdings wenig, wenn nicht in mehreren anderen Bereichen Voraussetzungen und Anreize dafür geschaffen werden, dass sich auch das faktische Antrittsalter erhöht. Das betrifft das Gesundheitssystem, das über verstärkte Vorsorge längere Arbeitszeiten erst möglich macht, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsplatz, das Lohnsystem, das über flachere Gehaltskurven Ältere auf dem Arbeitsmarkt nicht zu teuer macht, oder das Pensionssystem selbst, das durch Modelle der Altersteilzeit den Übergang von Erwerbstätigkeit zum Ruhestand vernünftig gestaltet.

Selbst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann eine Anhebung des Pensionsantrittsalters enorme Ungerechtigkeiten mit sich bringen, weil Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten sehr unterschiedliche Lebenserwartungen haben. Idealerweise sollte deshalb erstens das Antrittsalter nach Lebenserwartung differenziert werden: Akademiker in Verwaltungsberufen müssten dann deutlich länger arbeiten als Bauarbeiter oder Pflegekräfte. Und zweitens sollte die Finanzierung progressiver gemacht werden. Derzeit zahlen alle gemessen an ihrem Einkommen gleich viel in die Pensionsversicherung ein, doch die Besserverdiener beziehen viel länger Pensionen. Deshalb müsste die Finanzierungsbasis, die derzeit primär von Löhnen und Gehältern gebildet wird, verbreitert werden.

Damit ist die neben der demographischen Entwicklung zweite große Herausforderung für den Sozialstaat angesprochen: die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung. Ein

4 BOCK-SCHAPPELWEIN JULIA, EPPEL RAINER, MÜHLBERGER ULRIKE, *Sozialpolitik als Produktivkraft*, WIFO-Monatsberichte 11/2009.

Sozialstaat, der wie der österreichische wesentlich darauf aufbaut, den Lebensstandard im Fall von Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit zu sichern, gerät in Probleme, wenn der Lebensstandard der Besserverdiener immer rascher als jener der kleinen Leute wächst, denn dann perpetuiert er Ungleichheit. Der Sozialstaat der Zukunft muss besser nach unten absichern.

Die dritte Herausforderung resultiert aus den Veränderungen in den Familienstrukturen. Die wachsenden Scheidungsraten, die Zunahme der Ein-Eltern-Familien und die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen ändern das Gesicht der Gesellschaft und die Anforderungen an den Sozialstaat. Wenn der Sozialstaat sich überwiegend der Sicherung der Einkommen widmet und wenig Dienstleistungen wie Kinderbetreuung oder Pflege bereit stellt, weil diese traditionell ohnehin in der Familie geboten worden waren, dann erfüllt er nicht mehr die Anforderungen der Gesellschaft. Der Sozialstaat der Zukunft orientiert sich am skandinavischen Modell, er legt seinen Schwerpunkt auf die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen.

4. Die offensive Antwort: Den Sozialstaat ausbauen

Tony Judt hat darauf hingewiesen, wie wichtig es angesichts der großen Verdienste des Sozialstaates ist, ihn zu verteidigen. Doch gleichzeitig kann man politisch nicht mit ausschließlich mit einem Verweis auf die Erfolge des 20. Jahrhunderts reüssieren. Die Verfechter des Sozialstaates brauchen auch offensive Antworten auf die neoliberalen Angriffe.

Diese offensiven Antworten bestehen in Forderungen und Konzepten zum Ausbau und Umbau des Sozialstaates. Im österreichischen Sozialstaat besteht der wichtigste Ansatzpunkt in der Ausweitung des Angebots an sozialen Dienstleistungen, die überwiegend auf kommunaler Ebene erbracht werden. Der größte Bedarf besteht in drei Bereichen: Kindergärten, Ganztagschulen und Pflege.⁴ Der flächendeckende Ausbau von Kindergärten stellt unmittelbar vielleicht die wichtigste Aufgabe dar. Besonderer Bedarf besteht nach wie vor beim

Ausbau der Betreuungskapazitäten für die 2- bis 3-jährigen Kinder. Die EU setzt den Mitgliedsländern das Ziel, Betreuungsplätze für ein Drittel der Kinder im Alter von unter drei Jahren bereitzustellen, für seine Erreichung fehlen in Österreich mindestens 30.000 Plätze. Wollte man den Versorgungsgrad Dänemarks und Schwedens erreichen, so wären 80.000 zusätzliche Plätze notwendig. Bei der Betreuung der 3- bis 5-jährigen Kinder liegt das Ziel bei neunzig Prozent. Das erreicht Österreich, im Vergleich mit den skandinavischen Ländern besteht aber erheblicher Bedarf in der Verbesserung der Qualität: Das betrifft die Öffnungszeiten, die standardmäßig ganztägig sein müssen, die Gruppengröße, die unter pädagogischen Gesichtspunkten sinken soll, und das Ausbildungsmodell des Betreuungspersonals, das nach skandinavischem Vorbild auf universitäres Niveau gehoben werden müsste.

Bei diesen Reformen geht es nur zum Teil ums Geld, primär aber um die Struktur der Ausgaben. Österreich gibt pro Jahr acht Milliarden Euro für Familienleistungen aus. Das sind wie in Deutschland knapp drei Prozent des BIP und fast gleich viel wie in Schweden, nur Dänemark wendet noch mehr Mittel auf. Bei uns gehen allerdings achtzig Prozent der Mittel in Geldleistungen, von Kinderbeihilfen, über Steuerabsetzbeträge bis zum Kinderbetreuungsgeld, nur ein Fünftel in Sachleistungen wie Kindergärten. In Schweden fließt jeweils die Hälfte der Aufwendungen in Geld- und Sachleistungen, in Dänemark überwiegen sogar die Sachleistungen.

Geldleistungen stellen einen wichtigen Bestandteil des Haushaltsbudgets der Familien dar, besonders im unteren Einkommensbereich. Generelle, nicht einkommensabhängige und halbwegs großzügige Kinderbeihilfen bilden ein unverzichtbares Element des Sozialstaates. Doch von Sachleistungen profitieren die unteren sozialen Schichten noch mehr und sie sind entscheidend für die Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der Kindergartenbesuch ermöglicht Kindern aus sozial benachteiligten Schichten, das spielend leichte Aufholen, in den Bereich, wo sie zurückliegen, etwa in der

5 ESPING-ANDERSEN GOSTA, *The Incomplete Revolution. Adapting to Women's New Roles*, Polity Press, Cambridge 2009, S. 119.

Sprachkompetenz. Der Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze ist eine Investition in die sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder. Jene, die diese Fähigkeiten im Kindergarten erworben haben, tun sich auch in der Schule viel leichter.

Soziale Vererbung, gemessen etwa an der Korrelation der Einkommen der Eltern mit jenem der Kinder, liegt in Ländern mit schlechtem Zugang zu Kindergärten wie den USA drei Mal so hoch wie in den skandinavischen Staaten. Ein Betreuungsplatz ermöglicht der Mutter die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, damit eine viel stärkere Ausweitung des Familienbudgets als das staatliche Beihilfen könnten. Eine gute Versorgung mit Kindergärten und die damit ermöglichte Erwerbstätigkeit ist wahrscheinlich der wichtigste Grund dafür, dass die Armutsgefährdung von Ein-Eltern-Haushalten in Schweden bei nur 13 Prozent liegt, in Österreich hingegen bei 27 Prozent, in Deutschland bei 38 Prozent und in den USA bei fünfzig Prozent.⁵ Der Besuch eines Kindergartens bedeutet nicht nur unmittelbar höheres Einkommen für die Mutter, sondern langfristig auch höheres Einkommen für das Kind. Aus diesem Grund ist er auch ein Positiv-Summenspiel für das Staatsbudget.

Ganz ähnlich liegen die Probleme und Lösungen im Schulbereich. Im Vergleich mit den skandinavischen Ländern liegt Österreich beim Angebot an Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung besonders weit zurück: Es fehlen etwa 500.000 Plätze. Das geht vor allem zu Lasten der Kinder aus bildungsfernen Schichten. Höhere Investitionen in Kindergärten und Schulen bilden wichtige Beiträge für die Wiedererringung der Chancengleichheit für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten. (Siehe Abbildung 2, Seite 23)

Eine immer dringendere Aufgabe des Sozialstaates ist die Bereitstellung eines sozialen Pflegesystems. Will man verhindern, dass im Alter die Reichen sich gute Versorgung mit Dienstleistungen leisten können, während die Armen dahin

siechen, dann muss ein Anspruch auf öffentliche Dienstleistungen guter Qualität etabliert werden. Hier sind die skandinavischen Länder deutlich weiter als wir. Schweden und Dänemark geben für Invalidität und Pflege mehr als vier Prozent ihres BIP aus. In Österreich und Deutschland steht dafür nur die Hälfte zur Verfügung. Die Aufwendungen für Geldleistungen, sei es für Invaliditätsrenten oder Pflegegeld, sind überall hoch. Die großen Unterschiede zwischen den Ländern bestehen bei den Sachleistungen. Schweden gibt fast die Hälfte seiner Mittel, mehr als zwei Prozent des BIP, für die Kosten von Pflegeheimen und kommunale Haushaltshilfen (vom Essen auf Rädern bis zur Heimhilfe) auf. In Österreich stehen wie in Deutschland dafür ein Fünftel der Aufwendungen und weniger als ein halbes Prozent des BIP zur Verfügung.

Bei der Bereitstellung von Sachleistungen besteht enormer Nachholbedarf. Es gibt viele Verfechter von Marktlösungen für diese Herausforderung: Die Menschen sollen während des Erwerbslebens individuell oder über ihren Arbeitgeber in private Versicherungen einzahlen, um im Alter eine Vorsorge für den Fall der Pflegebedürftigkeit zu haben. Die Versicherungsbeiträge sollen steuerlich absetzbar sein. Abgesehen von den schlechten Erfahrungen, die man mit den geringen Erträgen und den hohen Verwaltungskosten privater Pensionsvorsorge gemacht hat, sprechen vor allem verteilungspolitische Gründe gegen die Übertragung dieses Prinzips auf den Pflegebereich, denn sonst droht eine Ausweitung der sozialen Unterschiede im Alter zwischen denen, die es sich leisten konnten, während der Erwerbstätigkeit viel in die Versicherung einzuzahlen und denen, die dazu nicht imstande waren.

Viel vernünftiger ist der Aufbau eines öffentlichen Pflegesystems, das über Steuern finanziert wird und möglichst rasch den Leistungskatalog ausweitet. Besonders schnell sollte in Österreich der Ausbau der verschiedenen Heimhilfe erfolgen. Die Menschen sollen so lange wie möglich zu Hause betreut werden, erstens weil sie das wollen und zweitens weil es viel billiger ist, als die Aufnahme in ein Pflegeheim. Esping-An-

6 ESPING-ANDERSEN GOSTA, *The Incomplete Revolution. Adapting to Women's New Roles*, Polity Press, Cambridge 2009, S.98.

7 MOREL NATHALIE, PALIER BRUNO, PALME JOAKIM (eds), *What Future for Social Investment?*, Institute for Future Studies, Research Report, 2009.

8 GUGER ALOIS, KNITTLER KÄTHE, MARTERBAUER MARKUS, SCHRATZENSTALLER MARGIT, WALTERSKIRCHEN EWALD, *Analyse alternativer Finanzierungsformen der sozialen Sicherungssysteme*, in: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Bericht über die soziale Lage, Wien 2009.

dersen zitiert Untersuchungen für Dänemark, die zeigen, dass Heimhilfe, selbst bei täglichem Besuch der Klienten nur ein Drittel eines Pflegeplatzes kostet. Gibt es auf der anderen Seite zu wenig Pflegeplätze, dann werden die Pflegebedürftigen in die Krankenhäuser abgeschoben, wo die Kosten doppelt so hoch sind.⁶ In Österreich benötigen wir beides, einen raschen Ausbau der Heimhilfe und eine starke Ausweitung der Zahl der Plätze in Pflegeheimen. (Siehe Abbildung 3, Seite 23)

Emanzipatorische Politik durch den Ausbau sozialer Dienstleistungen stellt eine soziale Investitionsstrategie dar:⁷

- Sie setzt auf Investitionen in die emotionalen, sozialen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder. Damit verbessert sie vor allem die Chancengleichheit jener Kinder, die aus sozial benachteiligten Schichten kommen. Sie hat langfristig positive Effekte auf das Einkommen und die Beschäftigungssicherheit.
- Sie tätigt Investitionen in die Erwerbstätigkeit der Frauen und sichert damit auch ihre eigenständige soziale Absicherung.
- Sie bildet Investitionen gegen Armut in Ein-Eltern-Familien und im Alter.
- Sie investiert in Beschäftigung: Erreicht Österreich das Betreuungsangebot Dänemarks oder Schwedens im Bereich Kinderbetreuung und Pflege, so entstehen dadurch mindestens 150.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

5. Die Vorbilder: Dänemark und Schweden

In internationalen Diskussionen über die Entwicklung des Sozialstaates werden die skandinavischen Länder immer wieder als Vorbilder genannt. Zu Recht, Probleme bestehen allerdings auch dort, etwa in Form relativ hoher Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen. Folgende Gemeinsamkeiten prägen den schwedischen und den dänischen Wohlfahrtsstaat:

- Umfangreiche soziale Dienstleistungen hoher Qualität bei Krippen, Kindergärten, Ganztagschulen, Heimhilfe und Pflegeeinrichtungen
- Aktive Arbeitsmarktpolitik durch ein effizientes System der Vermittlung, ein umfangreiches Angebot an Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen für Arbeitslose und hohe Ersatzra-

ten in der Arbeitslosigkeit

- Frauenfreundliche Politik durch Recht auf Elternteilzeit, hohe Ersatzraten bei Elternkarenz und eine Vollaussstattung mit Kindergärten und Ganztagschulen
- Hohe staatliche Ausgaben im Ausbildungssystem und in der Weiterbildung
- Hoher Anteil von Steuern in der Finanzierung des Sozialstaates und hohe Abgabenquoten
- Hoher Gewerkschaftseinfluss mit aktivem Einsatz für die Interessen von Frauen
- Hohe Innovationsbereitschaft

6. Politische Absicherung des Sozialstaates

Der Ausbau sozialer Dienstleistungen ist nur möglich, wenn er die politische Unterstützung der Bevölkerung hat. Zwei Voraussetzungen erscheinen dafür grundlegend:

Erstens, die Dienstleistungen müssen eine hohe Qualität haben und ihre Erbringung muss bürgerorientiert erfolgen. Die betroffenen Menschen müssen täglich erfahren, dass sie Kunden sind, für die man sich um die bestmögliche Versorgung bemüht, und nicht Bittsteller, denen man mürrisch eine Leistung gewährt. Eine gute Ausbildung, laufende Weiterbildung, gute Arbeitsbedingungen für die Betreuungspersonen sowie laufendes Qualitätsmanagement und gut entwickelte Anreizsysteme bilden dafür wichtige Determinanten.

Ist diese erste Voraussetzung erreicht, so ist ein wesentlicher Schritt in der Bewältigung der zweiten grundlegenden Voraussetzung für den Ausbau sozialer Dienstleistungen erreicht: Die Bürger müssen bereit sein, die zusätzlichen Leistungen zu finanzieren. Bei der Finanzierung der sozialen Investitionsstrategie bieten sich drei Wege an: Erstens, der Selbstfinanzierungsgrad beim Ausbau sozialer Dienstleistungen ist hoch, er beträgt kurzfristig etwa 50 % und langfristig deutlich mehr. Zweitens, ein Teil der Kosten kann durch die Umschichtung von Geldleistungen zu Sachleistungen finanziert werden; Potential besteht etwa bei Familienleistungen,

zum Beispiel bei der steuerlichen Familienförderung: Der Alleinverdienerabsetzbetrag könnte gänzlich gestrichen, die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungsleistungen wieder abgeschafft werden.

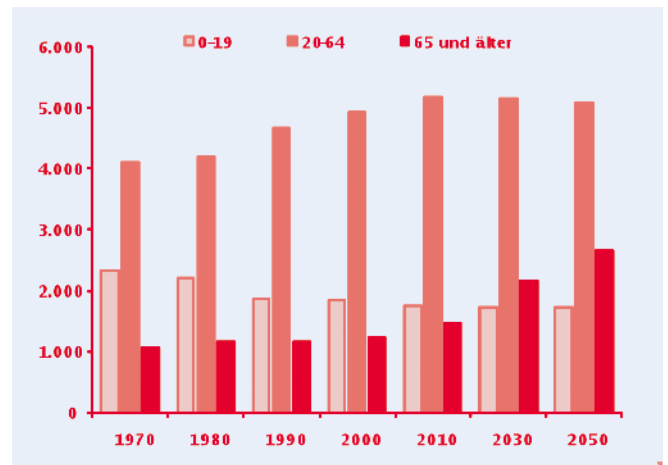
Drittens, ein Teil müsste durch höhere Steuern finanziert werden. In Dänemark und Schweden ist die Abgabenbelastung deutlich höher als in Österreich, auch für die Mittelschicht. Die Menschen akzeptieren diese höhere Belastung, weil sie im Gegenzug dafür Dienstleistungen hoher Qualität bekommen. Die meisten dieser Dienstleistungen werden auf kommunaler Ebene erbracht, deshalb ist es sinnvoll, die Einnahmen der Gemeinden zu erhöhen. Unmittelbar bietet sich dafür die Grundsteuer an: Das Immobilienvermögen ist in Österreich sehr ungleich verteilt, das Steueraufkommen ist sehr niedrig, die Mittel fließen direkt an die Gemeinden. Die Zweckbindung einer deutlichen Erhöhung des Aufkommens für den Ausbau von Kindergärten und Pflegeeinrichtungen könnte eine politisch sehr erfolgreiche Strategie darstellen.

Generell ist angesichts der Kosten einer sozialen Investitionsstrategie und der relativ hohen Belastung des Faktors Arbeit mit Sozialversicherungsbeiträgen eine stärkere Finanzierung des Sozialstaates aus allgemeinen Steuermitteln sinnvoll.⁸ Eine Politik, die eine regelmäßige »Entlastung« der Bürger durch Steuersenkungen verfolgt, läuft der Verbesserung des Sozialstaates zuwider. Hier könnten auch die Grundlagen für einen zu entwickelnden europäischen Wohlfahrtsstaat gelegt werden: Nicht in dem rasch einheitliche soziale Sicherungssysteme geschaffen werden, sondern indem der Steuersenkungswettbewerb, der die Finanzierbarkeit des Sozialstaates allorts untergräbt, durch Mindestsätze bei Unternehmenssteuern und Kapitalerträgen verhindert wird.

MARKUS MARTERBAUER

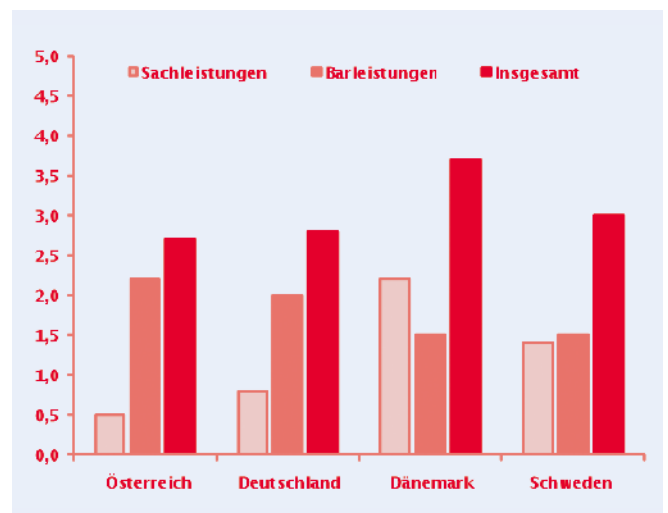
arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung bis 2050 (In 1.000 Personen)



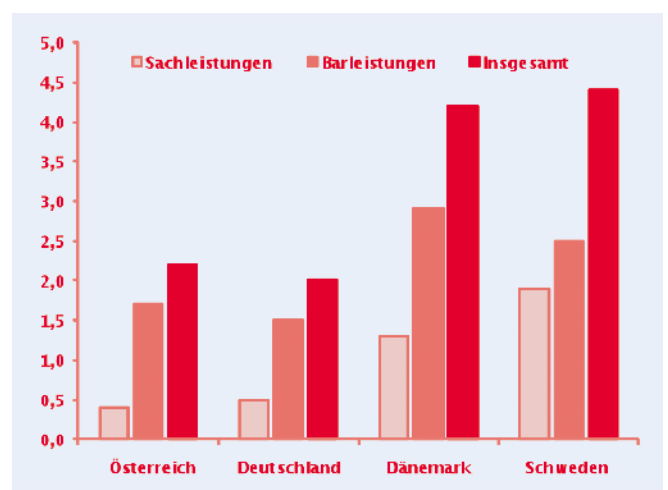
Q: Guger et al, Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO-Studie (2009).

Abbildung 2: Familienleistungen (In % des BIP, 2007)



Q: Eurostat (ESSOSS).

Abbildung 3: Ausgaben für Invalidität und Gebrechen (In % des BIP, 2007)



Q: Eurostat (ESSOSS).





ACH SO! 01 / VIENNA 2009 / © ELISABETH HANDL

Warum Gewerkschaften Visionen brauchen

Anlässlich des Gewerkschaftstages der GPA-djp ließ ihr Vorsitzender wiederholt mit vehementen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, höheren Einkommen und längerem Urlaub aufhorchen. In seinem ZUKUNFT-Beitrag führt er aus, mit welchen offensiven Maßnahmen die Arbeitswelt wieder im Sinne der ArbeitnehmerInnen gestaltet werden kann, warum Gewerkschaften Visionen brauchen und weshalb sie sich dabei auf ihre Wurzeln besinnen sollen.

Gefragt, wie wir uns als Gewerkschaft die Zukunft vorstellen und welche Visionen wir haben, wird mir immer wieder bewusst, dass es sehr schwierig ist, wirklich Neues zu formulieren. Denn die Themen, die uns am meisten am Herzen liegen, sind wahrlich zeitlos und das zu Recht. Seit die ersten GewerkschafterInnen den Kampf um mehr Gerechtigkeit aufgenommen haben, geht es um die gerechte Verteilung von Ressourcen, von Einkommen und Arbeitszeit, um Bildungschancen und um soziale Sicherheit.

Das soll natürlich nicht heißen, dass es in diesen wichtigen Punkten in den letzten 100 Jahren keine Weiterentwicklung gegeben hätte. Damit würde ich unsere eigenen hart erkämpften gewerkschaftlichen Errungenschaften schmälern. Auch die Lebens- und Arbeitssituation der ArbeitnehmerInnen hat sich natürlich vollkommen verändert. Gleich geblieben sind allerdings die gesellschaftlichen Interessengegensätze. ArbeitnehmerInnen werden mit neuen innovativen Methoden wie All-In-Verträgen und Zielvereinbarungen ausgebeutet. Und während die einen Vermögen in unvorstellbarer Höhe anhäufen, gibt es eine wachsende Zahl von Menschen, die trotz Arbeit arm sind.

Ein Jahr ist es her, dass wir daher das alt-neue Thema fairteilen zum zentralen Motto unserer gewerkschaftlichen Arbeit im ÖGB und in den Gewerkschaften gemacht haben. Unter dem Aspekt *fairteilen* haben wir im vergangenen Jahr um gerechte Einkommen, faire Steuern und die Absicherung unseres Sozialstaats in der Krise gekämpft. Mit dem Prinzip fairteilen haben wir auch die Budgetbegleitgesetze der Bun-

desregierung beurteilt und in einigen Punkten scharf kritisiert. Unter dem Motto fairteilen haben wir auch eine gerechtere Verteilung von Arbeitszeit und damit verbunden eine substanzielle Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Damit sind für mich nicht nur die Schwerpunkte des vergangenen Jahres, sondern auch die drei wichtigsten Visionen für die Zukunft umrissen.

Dazu gehört zunächst die Frage der Einkommen. Es ist eine Schande, dass es im Jahr 2010 in einem der reichsten Länder der Welt immer noch Menschen gibt, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Es ist traurig, dass der Begriff Leistung in unserer Gesellschaft unhinterfragt mit der Höhe des Einkommens gleichgesetzt wird. In dieser Logik müsste ein Manager, der 48 Mal so viel verdient wie die durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen im selben Betrieb, auch 48 Mal soviel leisten. Das ist völlig absurd, denn kein Mensch kann 48 Mal soviel leisten wie ein anderer. Der gesellschaftliche Mehrwert einer Tätigkeit wird bei so einer Leistungsdefinition völlig außer Acht gelassen. Genau jene Menschen, die besonders nützliche und wichtige Tätigkeiten in unserer Gesellschaft verrichten – die Beschäftigten im Sozialbereich –, verdienen geradezu beschämend wenig. Auch die Beschäftigten im Handel, einer Branche, die von der Wirtschaftskrise völlig unangetastet blieb und auf ein absolutes Spitzenergebnis im Weihnachtsgeschäft zusteuert, müssen sich im Vergleich zum wirtschaftlichen Erfolg ihrer Arbeitgeber mit ein paar Brosamen abspesen lassen. Hier ist neben einer gerechteren Abgeltung des erwirtschafteten finanziellen Erfolgs von Unternehmen eine grundlegende Neubewertung des gesellschaftlichen Werts von Arbeit notwendig.

Der zweite wichtige Aspekt ist die Verteilungsgerechtigkeit. Ich würde gerne denen glauben, die seit Monaten verkünden, dass die Krise bereits vorbei und überwunden sei, dass wir nur unser Budget sanieren müssten und schon seien alle Probleme gelöst. Leider gelingt mir das einfach nicht, denn dazu müsste ich meine Augen verschließen vor der himelschreienden Ungerechtigkeit bei der Vermögensverteilung, die in der Krise eher größer als kleiner geworden ist und die noch nicht einmal im Ansatz angegangen wurde. Zudem müsste ich meine Augen verschließen vor dem, was außerhalb unserer Staatsgrenzen passiert.

Wenn Länder wie Griechenland, Irland und bald vielleicht auch Spanien und Portugal mit Finanzhilfen aus der EU gerettet werden müssen, dann ist das wichtig und notwendig. Doch die Rettung erfolgt nur unter der Bedingung, dass beinharte Sparprogramme umgesetzt werden – mit katastrophalen Auswirkungen für die Bevölkerungen dieser Länder, während einnahmenseitig wenig bis nichts passiert. Auch der Wettlauf um die niedrigsten Steuern in der EU geht auch unter diesen Bedingungen munter weiter. Zu tief sitzt offenbar die Grundhaltung, dass Steuersenkungen immer gut und für die Wirtschaft förderlich, Steuererhöhungen dagegen schädlich sind. Auch hier muss dringend umgedacht werden. Steuern sind für einzelne Staaten genauso wie für die EU als Ganzes im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig – sie müssen nur von denen gezahlt werden, die sich das auch leisten können.

Mein dritter wesentlicher Punkt ist schließlich die längst überfällige Verkürzung der Arbeitszeit. Dabei geht es mir vor allem darum die festgefahrenen Diskussionen und starren Fronten denen wir uns beim Thema Arbeitszeitverkürzung immer gegenüber sehen aufzubrechen und der Debatte neues Leben einzuhauchen. Ich habe daher rund um das Bundesforum der GPA-djp einen neuen Vorstoß für das Modell 40-40-40 unternommen. Hinter dieser plakativen Formel verbergen sich sehr konkrete Maßnahmen sowohl bei der Wochen-, der Jahres- und der Lebensarbeitszeit: Die Forderung, maximal

40 Stunden in der Woche einschließlich Über- und Mehrstunden zu arbeiten, ist ein Ziel, das vielen selbstverständlich erscheint, uns in Anbetracht ausufernder Überstundenleistungen trotzdem noch vor wesentliche Herausforderungen stellen wird.

Bei der Jahresarbeitszeit sieht unser Modell 40-40-40 eine Verkürzung auf 40 Arbeitswochen im Jahr vor. Erreicht werden könnte das durch jeweils zwei Wochen Freistellung für Gesundheit und Weiterbildung. Ein erster wichtiger Schritt zur Annäherung an dieses Ziel ist die Verlängerung des Urlaubes auf sechs Wochen pro Jahr für alle. Immer wieder für Verwirrung sorgt die Forderung nach 40 Jahren im Leben, weil diese Zahl oft mit Beitragsjahren gleichgesetzt wird. Was wir vielmehr meinen, ist, dass die Menschen durch entsprechende Maßnahmen bei der Wochen- und der Jahresarbeitszeit in die Lage gebracht werden sollen, tatsächliche 40 Jahre gesund zu arbeiten.

FAIRE EINKOMMEN ALS VISION FÜR DIE ZUKUNFT

Verteilungsgerechtigkeit und damit auch sozialer Frieden wird in einem hohen Ausmaß über die Einkommenspolitik hergestellt. Österreich ist durch seine hohe kollektivvertragliche Abdeckung in einer vergleichsweise günstigen Position. Dennoch gibt es auch bei der Einkommenssituation in Österreich gravierende Ungerechtigkeiten und Bereiche in denen Nachholbedarf besteht. In fast allen einkommensmäßig benachteiligten Bereichen arbeiten mehrheitlich Frauen.

Das Problem der *working poor* ist in Österreich vor allem eines der Frauen. Betrachtet man die Entwicklungen am Arbeitsmarkt vor der Krise, dann sieht man, dass zwar die Beschäftigungsrate deutlich angestiegen ist, dass jedoch vor allem Frauen in den Arbeitsmarkt eingetreten sind und diese wiederum häufig in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Es gab also mehr Beschäftigung, bei gleichzeitigem Anstieg nicht existenzsichernder Arbeit. Dazu kommt eine Zunahme der Prekarisie-

zung von Arbeitsverhältnissen. Auch davon sind Frauen stärker betroffen. Eine Umfrage im Bereich der TrainerInnen in der Erwachsenenbildung zeigt, je prekärer in einem Bereich die Dienstverhältnisse, desto wahrscheinlicher, dass Frauen dort arbeiten.

Dazu kommt, dass genau jene Bereiche, in denen besonders viele Frauen mit geringen Einkommen arbeiten – wie der gesamte Sozialbereich – finanziell immer weiter ausgehungert werden und auch von den Konjunkturpaketen nicht profitiert haben. Eine Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik, die auch Frauen nutzt, muss daher auf dringend notwendige Investitionen in den relativ krisenunabhängigen Gesundheits- und Sozialbereich setzen.

Es ist inakzeptabel, dass in einer modernen Gesellschaft genau jene Gruppen, die besonders viel gesellschaftlichen Mehrwert produzieren, zu den absoluten NiedrigverdienerInnen gehören, die von ihrem Einkommen oft kaum leben können. Britische Ökonomen der »New Economic Foundation« haben diesen gesellschaftlichen Mehrwert für unterschiedliche Berufsgruppen errechnet. Sie kamen zum Schluss, dass Reinigungskräfte im Krankenhaus wesentlich mehr zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen als Banker, Steuerberater oder Werbefachleute.

Während Top-Banker mit einem Einkommen von einer Million Pfund (rund 1,11 Mio. Euro) für jedes Pfund, das sie verdienen, sieben Pfund an Wert vernichten, schaffen etwa Reinigungskräfte in Krankenhäusern einen gesellschaftlichen Mehrwert von zehn Pfund pro verdientem Pfund. Dass solche Ergebnisse für viele Menschen keine Überraschung sind, bestätigt auch eine Befragung des IFES im Auftrag von GPA-djp und vida: Eine deutliche Mehrheit der Befragten erkennt darin die hohe Belastung der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich an. 76 Prozent der Befragten empfinden die Entlohnung im Verhältnis zu den Anforderungen als zu gering.

Man sollte daher die Krise als Chance dafür nutzen um »Frauenarbeit« neu zu bewerten. Arbeitsplätze in der Kinderbetreuung, in der Krankenpflege oder in der Sozialarbeit sind konjunkturunabhängig, schaffen einen hohen Mehrwert und tragen zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum bei. Investitionen in diese Bereiche stehen daher weiterhin ganz oben auf unserer Forderungsagenda.

Die Schwerpunktsetzung bei den diesjährigen Lohn- und Gehaltsrunden lag daher vor allem bei den unteren Einkommensgruppen. In der Metallindustrie erhielten die unteren Gruppen bis zu 3 Prozent Gehaltsplus. Im Handel ist nicht zuletzt durch eine große angelegte, bisher einzigartige Befragungsaktion (zehntausende Beschäftigte wurden befragt) mit einem kollektivvertraglichen Mindestgehalt von 1.300 Euro ein großer sozialpolitischer Durchbruch gelungen.

Demnächst stehen auch die Verhandlungen im Gesundheits- und Sozialbereich an, die in Anbetracht der Budgetkürzungen eine große Herausforderung darstellen werden. Die breite öffentliche Unterstützung für diesen Bereich und die hohe Mobilisierungsfähigkeit der Beschäftigten lässt aber dennoch auf einen guten Abschluss hoffen.

REZEPT GEGEN DIE KRISE

Die GPA-djp stellte ihr Steuermodell, das unter anderem eine progressive Besteuerung von Vermögen über 500.000 Euro vorsieht, bereits ein Jahr vor der großen Weltwirtschafts- und Finanzkrise vor. Unserer Einschätzung nach, lagen im österreichischen Steuersystem schon bisher eklatante Schieflagen vor, die Österreich für Vermögensbesitzer zu einem Eldorado werden ließ, während die Belastung des Faktors Arbeit überproportional hoch ist.

Durch die gravierenden negativen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Budgetsituation wurde das Modell der GPA-djp noch brisanter und es erfüllt mich mit Stolz, dass unser

Modell heute quer über alle Parteien und Interessengruppen Beachtung findet.

Mehr Verteilungsgerechtigkeit ist gerade jetzt ein Gebot der Fairness, weil es einfach nicht gerecht ist, dass jene, die in den Boomjahren überproportional profitiert haben, keinen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Mehr Verteilungsgerechtigkeit ist aber im hohen Ausmaß auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Wenn die Volkswirtschaften einen nachhaltigen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise finden wollen, dann muss die private Nachfrage gestärkt und nicht durch Sparpakete weiter geschwächt werden. Die einzig wirtschaftlich vernünftige Besteuerung zum derzeitigen Zeitpunkt ist jene von großen Vermögen, weil sie nicht negativ auf das Konsumverhalten der breiten Masse wirkt und Geld und Ressourcen in die produktiven Bereiche der Wirtschaft zurückholt.

Die Budgetmaßnahmen der Regierung enthalten einige einnahmenseitige Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen, wie etwa die Bankenabgabe, die stärkere Besteuerung von Stiftungen und eine Vermögenszuwachssteuer. Ich bin aber überzeugt, dass wir auf Perspektive eine echte Besteuerung von Substanzvermögen brauchen, auch weil eine Modernisierung des Steuersystems eine Umgewichtung der Steuerlast nötig macht und viele gesellschaftlich wichtige Bereiche, wie etwa jener der Pflege und Gesundheit, nachhaltige Finanzierungsperspektiven brauchen.

Die extrem hohen Einkommens- und Vermögensunterschiede behindern die Entwicklung in Richtung einer modernen, leistungsfähigen Wirtschaft, die in der Lage ist, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

ARBEITSZEIT ALS FAKTOR

Nicht vom Thema Verteilungsgerechtigkeit zu trennen ist das Thema Arbeitszeit: Zeit ist eines der wichtigsten Güter, die

wir zu verteilen haben. Kein Wunder also, dass Arbeitszeit in Geld aufgewogen wird und uns Gewerkschaften so stark beschäftigt wie kaum ein anderes Thema, gerade in Österreich: Die heimischen ArbeitnehmerInnen liegen sowohl hinsichtlich der tatsächlich geleisteten Wochenarbeitszeit wie auch in punkto vereinbarter Arbeitszeit im europäischen Spitzenfeld. Mit 42,5 Stunden liegt die geleistete Wochenarbeitszeit (2008) der Vollzeitbeschäftigten um 1,5 Wochenstunden über dem Schnitt der EU-27.

Die erste Teilforderung des Modells 40-40-40 nach maximal 40 Stunden pro Woche mag angesichts unserer Forderung nach einer Wochenarbeitszeit von 35 zu wenig ambitioniert wirken. Unter diesem Vorschlag ist aber natürlich keine Ausweitung der Wochenarbeitszeit zu verstehen, sondern eine Reduktion von Überstunden.

Die ÖsterreicherInnen sind im Leisten von Überstunden Weltmeister, aktuell werden 307 Millionen pro Jahr geleistet – mir geht es darum, diese Riesenzahl zu reduzieren und die Arbeitszeit an das vereinbarte Ausmaß heranzuführen. Dafür braucht es zunächst neue Rahmenbedingungen für Überstunden beziehungsweise für ihre Bewertung. Es ist nämlich davon auszugehen, dass ein Gutteil der Überstunden – wir gehen aus von einem Drittel – entweder gar nicht oder nicht korrekt abgegolten wird. Ein Weg, den die Arbeitgeber leider immer öfter beschreiten, um damit indirekt Lohnsenkungen zu erreichen. Unser Ziel muss also heißen: Überstunden unattraktiver machen.

Überstunden, die außerhalb der üblichen Arbeitszeiten liegen, also Abend-, Nacht- oder Wochenendarbeit, die auch hinsichtlich ihrer gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen problematisch sind, müssten verteuert werden. Das gleiche gilt für Überstunden bei besonders belastenden Tätigkeiten – damit würde auch das Unfallrisiko reduziert. Während Stress und Müdigkeit verminderte Leistungsfähigkeit mit sich bringen, steigern fitte, gesunde MitarbeiterInnen die Produk-

tivität eines jeden Unternehmens. Die Eingrenzung der Arbeitszeiten wäre nicht nur von betriebswirtschaftlichem Interesse. Die Arbeit müsste in dem Fall auch auf mehr Menschen aufgeteilt werden, was neue Arbeitsplätze bedeuten würde.

Überstunden müssen zudem genau erfasst werden, falsche und ungenaue Arbeitszeitaufzeichnungen und manipulierte Zeiterfassungssysteme bringen ArbeitnehmerInnen um ihre Ansprüche, sind also alles andere als ein Kavaliersdelikt. Arbeitgeber, die Zeiterfassungssysteme manipulieren oder Unternehmen, die mit manipulierbaren Systemen eine Basis dafür liefern, müssen härter bestraft werden. Arbeitsinspektorate und Krankenkassen müssen öfter und schärfere Kontrollen durchführen, was wiederum dementsprechende personelle Ressourcen erfordert.

Die österreichischen ArbeitnehmerInnen sind auch Spitzenreiter, was die Jahresarbeitszeit betrifft: Sowohl mit 2.017,6 Stunden brutto (Wochenarbeitszeit umgelegt auf ein Jahr) als auch mit 1.730,5 Stunden netto (abzüglich Urlaubs- und Feiertagsansprüchen) arbeiten Herr und Frau Österreicher länger als der Großteil unserer EU-(Nachbar)länder – alleine diese Statistik nimmt dem revolutionärsten der drei 40er, der Forderung nach 40 Wochen Arbeit pro Jahr, gleich etwas an Schärfe. Mit dieser radikalen Arbeitszeitverkürzung meine ich außerdem nicht, dass sich die ArbeitnehmerInnen wirklich zwölf Wochen Urlaub gönnen sollen.

Nicht nur fitte Arbeiter steigern die Produktivität, sondern natürlich auch gut ausgebildete: Ich fordere daher zwei Wochen Anspruch auf Bildungsfreistellung, finanziert je zur Hälfte von den Arbeitgebern und aus der Arbeitslosenversicherung. Was auf den ersten Blick wie eine Kostenquelle erscheinen mag, würde bei genauerer Betrachtung nur Vorteile bringen. Neben besseren Qualifizierungen und damit größerer Motivation der Beschäftigten würde sich diese Verkürzung der Arbeitszeit zu einem Drittel in neue Arbeitsplätze niederschlagen, was mittelfristig Kostenneutralität für die Arbeitslo-

senversicherung bedeuten würde. Zwei weitere Wochen pro Jahr sollen dem Rechtsanspruch auf präventive Gesundheitszeit, mitfinanziert z. B. durch die Unfallversicherung, gewidmet werden – auch eine Kosten-Nutzen-Rechnung, die Sinn macht: Dieser Aspekt des Modells 40-40-40 würde natürlich die Zahl der Arbeitsunfälle und der arbeitsbedingten Erkrankungen reduzieren.


Am meisten am Herzen liegt mir im Zusammenhang mit diesem 40er die Forderung nach einer sechsten Urlaubswoche für alle: Derzeit beträgt der gesetzliche Anspruch fünf Wochen, dieses Gesetz stammt allerdings aus dem Jahr 1986. Die sechste Woche gibt es nur nach 25 Jahren Betriebszugehörigkeit – die zunehmende Flexibilität am Arbeitsmarkt höhlt dieses System aus, immer weniger Beschäftigte erreichen die sechste Woche tatsächlich.

Im letzten der drei 40er geht es um die Lebensarbeitszeit. 40 Jahre Arbeit im Leben – diese Forderung ist keinesfalls als Beitrag in der laufenden Pensionsdebatte zu sehen. Derzeit reichen 37,5 Versicherungsjahre als Anspruchsvoraussetzung für die normale Alterspension. Ich meine, dass es Menschen ermöglicht werden muss, tatsächlich 40 Jahre in Gesundheit arbeiten zu können. Die Voraussetzungen dafür können die ersten beiden 40er sein aber auch integrierte Strategien zur Gesundheitsförderung und -prävention.

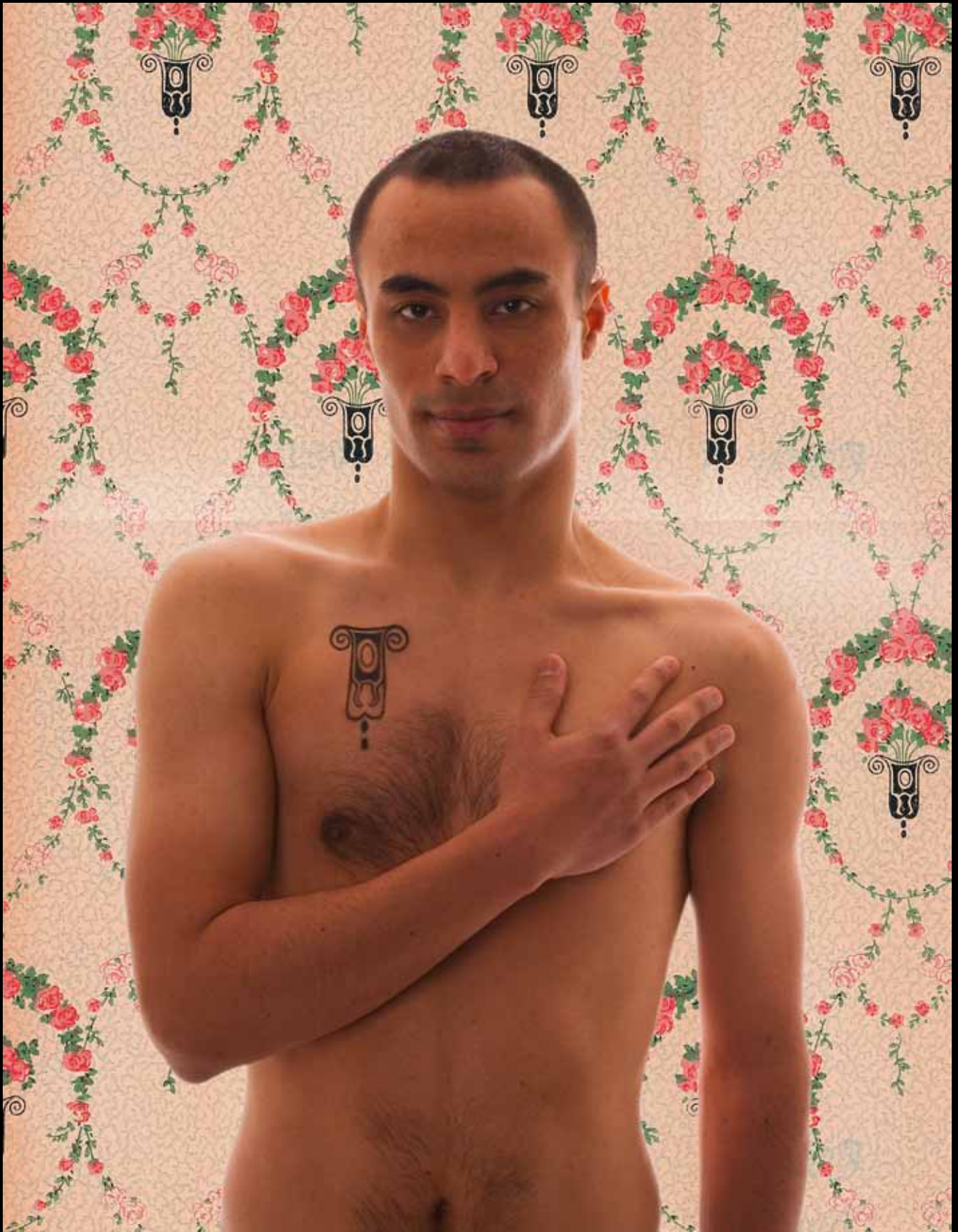
HANDLUNGSBEDARF

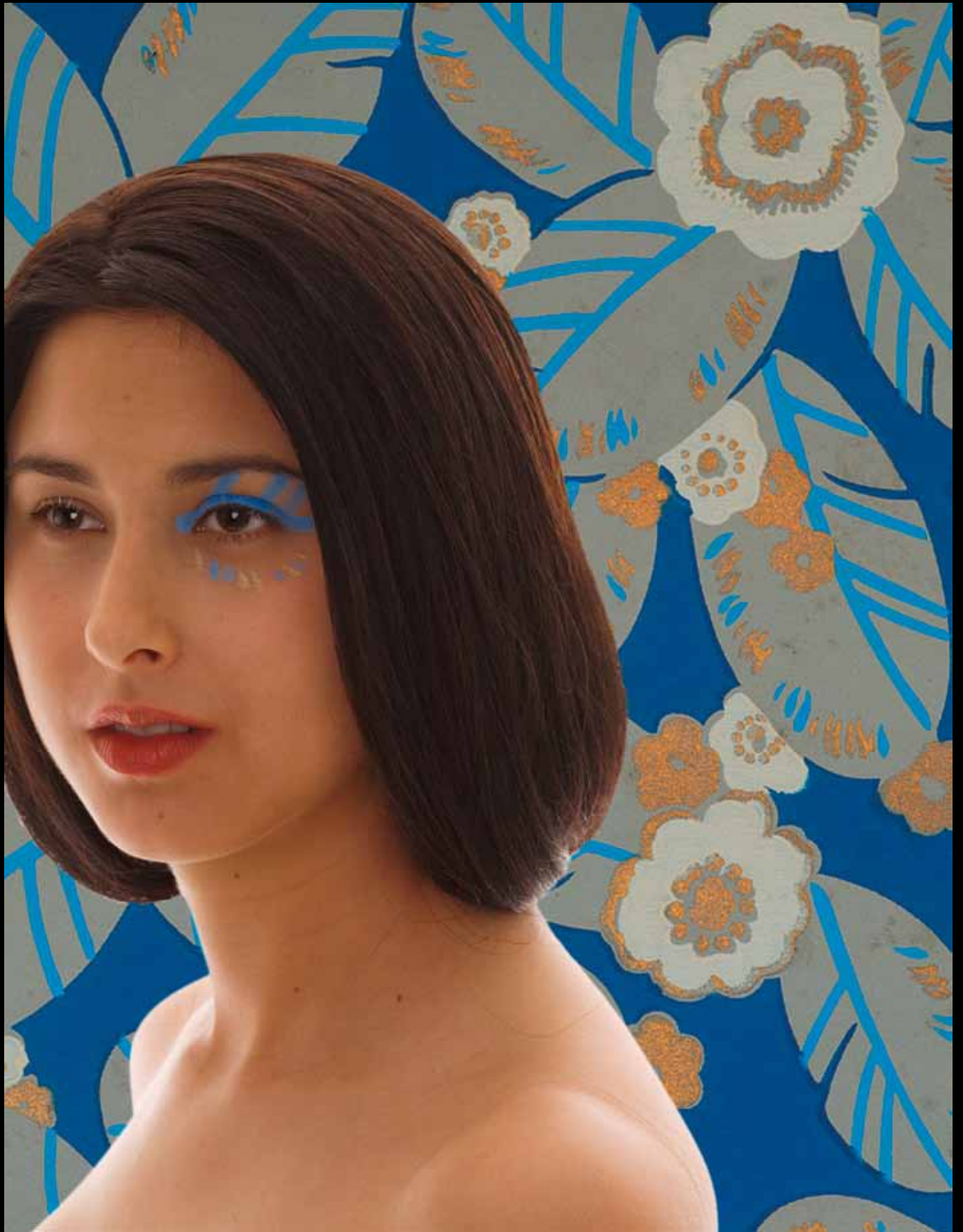
Der Status Quo bestätigt den Handlungsbedarf: Bereits jede/r fünfte unselbständig Erwerbstätige arbeitet unter Stress. Burn-out ist längst nicht mehr eine typische Managerkrankheit, psychische Erkrankungen sind mittlerweile die zweithäufigste Ursache für Berufsunfähigkeit- bzw. Invaliditätspensionen. Im Juni 2010 wurde mit 462.700 Betroffenen ein neuer Höchststand registriert. Der Vorschlag, das gesetzliche Pensionsalter auf 67 Jahre zu erhöhen, ist angesichts dieser Zahlen ein Unsinn, wie wir seit den Pensionskürzungsreformen aus der Ära Schwarz-Blau-Orange wissen. Das ändert nichts am fakti-

schen Pensionsalter, vergrößert dafür aber das Risiko, im Alter arbeitslos zu sein.

Natürlich ist mir bewusst, dass alle drei Forderungen des Modells 40-40-40 letztendlich immer nur Richtwerte für die konkrete Umsetzung bleiben werden. Es wird eine Unmenge an Zwischen- und Teilschritten brauchen, die sowohl auf der Kollektivvertrags- als auch auf der Gesetzesebene stattfinden können und sollen. Ungeachtet der nervösen Zwischenrufe aus der Wirtschaft, setzt das Modell 40-40-40 aber an den Wurzeln des Systems an. Und das ist bekanntlich die beste Methode, wenn man ein Problem lösen will. 

WOLFGANG KATZIAN
ist Vorsitzender der GPA-djp.





ACH SO! 07 / VIENNA 2009 / © ELISABETH HANDL

Ein »Ungeheuer« geschaffen

Für den SPD-Vordenker Thomas Meyer bereitet Sarrazin mit intellektuell unhaltbaren Argumenten auch in Deutschland den Boden für Rechtsextreme auf, die soziale Konflikte zu ethnisieren versuchen. Dabei sei soziale Integration – und keine Debatte über »kulturelle Anpassung« – der einzig wirkungsvolle Weg, um hysterisierten Kulturkämpfen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Bilanz des deutschen Journalisten Hans-Ulrich Jörges trifft den Nagel auf den Kopf: »Thilo Sarrazin hat ein Ungeheuer geschaffen. Medien haben es freigesetzt, Politiker gefüttert.« Diese Debatte war weniger eine Integrationsdebatte, eine solche, wenn sie mit Argumenten geführt würde, kann immer sinnvoll sein. Es handelte sich vielmehr um eine Art Scherbengericht einer immer unverhohlener ihre Ressentiments zum Ausdruck bringenden und wachsenden, zum Schluss wohl recht großen, Gruppe in der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die eine ganze Religionsgemeinschaft wahllos an den Pranger stellt. Was immer die Integration in Deutschland für Probleme stellen mag, diese Debatte hat sie jedenfalls weder bezeichnet, noch zu ihrer Lösung auch nur den geringsten Beitrag geleistet.

In diesem erschreckenden Stück spielen drei Akteure die Hauptrolle: der Buchautor Thilo Sarrazin, die deutschen Massenmedien bis hinein in ihre edelsten Spitzenprodukte und ein recht großer Teil der deutschen Gesellschaft. Zunächst zu Sarrazin. Was immer die Motive dieses sich schon seit Jahren in der Rolle des Provokateurs gefallenden deutschen Spitzenbeamten auch gewesen sein mögen, was er zuwege gebracht hat, ist nicht geringeres, als die biologistische Aufladung anti-islamischer Vorurteile, die seit geraumer Zeit in Deutschland an Ausbreitung und Intensität zugenommen hatten. Der Kern seines Buches besteht ja nicht im Beschreiben und Beklagen von Integrationsdefiziten, dies gab es von vielen Autoren und sogar in den offiziellen Integrationsberichten schon seit langem, das meiste davon seit mehr als zwei Jahrzehnten. Das Neue an diesem unheimlichen Bestseller ist auch nicht die demokratische Analyse, die zeigt, dass die deutsche Bevölkerung

schrumpft und ein Mangel an hoch gebildetem Nachwuchs die wirtschaftliche Zukunft des Landes infrage stellen könnte.

VERSATZSTÜCKE

Das Neue sind die massiven Bezüge, die der Hobbywissenschaftler und Statistikfanatiker aus zahlreichen Versatzstücken dafür zusammenstellt, dass die Muslime einen genetisch bedingten minderen Intelligenzquotienten aufweisen, dem auch durch noch so intensive Bildungsbemühungen im Prinzip nicht abzuhelfen ist. Da nun aber der Sozialstaat dafür sorgt, dass auch die muslimischen Familien mit ihren überdurchschnittlichen Geburtsraten auf einem angemessenen sozialen Standard in Deutschland leben können, der ja die darwinistische Negativauslese der weniger Leistungstüchtigen außer Kraft setzt, bestimme eben diese Gruppe in zunehmendem Maße den gesamtdeutschen Intelligenzquotienten, wodurch der ökonomische Leistungsabfall des Landes in der globalen Konkurrenz vorprogrammiert sei. Indem der Sozialstaat also dafür sorgt, dass Menschen mit minderer Intelligenz, biologisch determiniert und daher gesellschaftlich nicht mehr beeinflussbar, sich im Lande ausbreiten, verspielt er die ökonomische Zukunft des Landes.

Passend zu diesem Programm sind die Rückgriffe auf eugenische Gesellschaftsstrategien des 19. Jahrhunderts, meist nur indirekt oder verschämt im Buch zitiert, die den Autor u. a. dazu veranlassen, besondere Geburtsprämien für Mütter mit akademischen Berufen vorzuschlagen, damit diese ihren vermeintlich angeborenen höheren Intelligenzquotienten vererben und diesem damit zunehmend gesellschaftliche Verbreitung verschaffen. Dies allein ist neu an dem Buch, alles

andere ist in den Analysen und Berichten vieler anderer Autoren und Kommissionen sattsam nachzulesen. Eine besondere Note gewinnt der Text auch noch dadurch, dass die tatsächlich gravierenden Probleme in dem sehr überschaubaren Bezirk Schöneberg-Nord in Berlin, wo tatsächlich an manchen Schulen 90 % der Kinder aus Migrantenfamilien stammen, als repräsentative Erfahrung für die ganze Bundesrepublik hingestellt werden und Sarrazin die dortigen Probleme auch noch auf Wesenseigenschaften des Islam zurückführt.

Es ist dieser Biologismus, der den chauvinistischen und aggressiven Ton in die neue Debatte hineingetragen hat, da er ja unabhängig von den vielen Bildungsvorschlägen, die der Autor in seinem Buch im übrigen durchaus auch vorträgt, letzten Endes die Vergeblichkeit aller Integrationsbemühungen bedeutet. Wenn diese Menschen zum ewigen Unterschichtendasein am Rande der Gesellschaft verurteilt sind, weil ihre vererbte mangelnde Intelligenz auch durch noch so große Bildungsanstrengungen nicht ausgeglichen werden kann, dann ist der Keil zwischen ihnen und der Gesellschaft durch keine Politik mehr zu entfernen.

Die verhängnisvollste und, bei dem dick und stolz erhobenen Wissenschaftsanspruch des Autors, die kurioseste Unterstellung, von der die besondere Brisanz dieses Buches zehrt, ist die Gleichsetzung dieser genetisch so defizitären Bildung der Türken/Araber mit dem Islam, so als sei diese defizitäre Religion der richtige Deckel auf den Topf der schlechten Gene. Obwohl der Autor ja verspricht, stets Klartext zu reden, die mittlerweile in Deutschland übliche Formel, um jede Art von hemmungslosem Tabubruch zu rechtfertigen, wählt er doch bei der Darstellung all dieser Zusammenhänge neben der Präsentation der vielen Kreuztabellen, in die er verliebt ist, eine Sprache, die Zusammenhänge öfter suggeriert, als wirklich klipp und klar konstatiert. Jedenfalls holt er sich durch lange Exkurse über die jüdischen Ursprünge der genetischen Intelligenzforschung und die überdurchschnittliche Intelligenz der Juden eine generelle Absolution dafür, mit seinen biologisti-

schen Thesen, was hier in Deutschland nahe läge, sogleich in die antisemitische Ecke gestellt zu werden.

Das alles läuft am Ende darauf hinaus, dass die Unterklassen Unterklassen sind, weil es ihnen an Intelligenz fehlt und dass dieses »wissenschaftlich« so klare Faktum sich um so deutlicher zeigen wird, wie chancengerechter Gesellschaften gestaltet sind. Folglich gilt das biologistische Argument des Autors auch für die eigene Mehrheitsgesellschaft und die deutschen Unterklassen. Es ist brutaler Sozialdarwinismus reinsten Wassers. Hier zeigt sich auch, dass das Buch von nichts so sehr lebt, wie der Kulturalisierung sozialer Probleme, der er mit seiner biologistischen Beweisführung, eine wissenschaftliche Untermauerung geben möchte.

DIE INTELLIGENZ

Wie wenig das Ganze mit seriöser Wissenschaft zu tun hat, hat die Schweizer Intelligenzforscherin Elsbeth Stern, auf deren Thesen er sich vor allem beruft, in einigen Artikeln jüngst klar gestellt. Selbst wenn ein statistischer Zusammenhang zwischen genetischer Programmierung und tatsächlicher Intelligenzleistung von 50 bis 80 % bestünde, lässt sich darauf keine Prognose für das Einzelindividuum ableiten, denn jeder Mensch kann auch dann noch sehr viel mehr oder sehr viel weniger Intelligenz entwickeln als seine Eltern. Folglich müsste auch dann noch jedes Individuum, jedes einzelne Kind jederzeit im Bildungssystem behandelt werden, als könne es sich auf das höchste Niveau wirklich entfalteter Intelligenz emporschwingen.

Zudem ist erwiesen, dass die tatsächlichen Intelligenzleistungen durch optimale Bildung bei jedem Menschen sehr deutlich ansteigen, wenn er möglichst früh eine möglichst gute Bildung erhält. Darum können die hobbywissenschaftlichen Spekulationen zur Intelligenzbiologie auf der Ebene praktischer Bildungsanstrengungen und politischer Verantwortung für ein optimales Bildungsvorkommen für alle zu nichts anderem dienen, als zur nachträglichen Rechtferti-

gung ausbleibender Bildungserfolge bei den zurückgelassenen Kindern.

Die unangenehme und oft verhängnisvolle deutsche Provinzialität schlägt sich besonders krass bei der Begrenzung des Blicks des Autors auf die Äußerungsformen des Islam in Berlin-Kreuzberg nieder, wo vor kurzem aus den zurückgebliebensten Gebieten Anatoliens eingewanderte Muslime ohne jeglichen Bildungshintergrund am Rande der Gesellschaft leben.

Hätte er einmal den Schreibtisch mit einer Studienreise nach Indonesien verbunden, nach Indien oder den Iran, so hätte er in der Mehrheit der Gesellschaften einen ganz anderen Islam kennen gelernt, der sich mit hohen Bildungsstandards, mit innovativen Wirtschaftsaktivitäten und mit demokratischem Engagement verbindet und weit entfernt ist von allem, was sich dieser Autor vorstellen kann. So ist es aber auch im Rückblick auf die Entstehung von Humanismus und Aufklärung in der europäischen Kultur, also dem, was Europa heute der Welt als Maßstab entgegenhält. So hätte er nicht nur, aber allen voran, in Gestalt muslimischer Intellektueller wie eben Rushdie die entscheidenden Beiträge entdeckt, die diese zu alledem geleistet haben.

KRÄNKUNG

Das Buch führt zur Deprivation der Unterschichtenmuslime hierzulande die Kränkung hinzu. Über die Integrationsverweigerer in der Schicht der älteren deutschen Bürgerinnen und Bürger, die für die zugewanderten Gruppen nichts als Abneigung und Abwehr empfinden, enthält das Buch natürlich kein Wort, obgleich gerade hier, weil von gesellschaftlichen und kulturellen Integrationsdefiziten die Rede ist, durchaus manche Entdeckung zu machen gewesen wäre. Nein, ihnen liefert er nur die Argumente, die höhere Rechtfertigung dafür, dass die anderen, nicht nur die Sünder, sondern die Verworfenen es sind, für die in dieser Gesellschaft im Grunde kein wirklicher Platz vorhanden ist.

Die Auftritte eines gelegentlich nach Hunderten zählenden Publikums bei den Lesereisen des Autors, die ihn zum Erlöser hochjubeln und gegen jeden Widerspruch auf Podien noch Hass und Verachtung haben, demonstrieren die gesellschaftliche Rolle dieses Buches viel eindeutiger, als alle Kommentare und die hartnäckigen Rechthabereien des Autors trotz alledem.

DIE MEDIEN

Die deutschen Massenmedien, bis hinein in Eliteblätter wie die »Zeit« und die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, haben bei dieser Gelegenheit ihr Wirkungsgesetz erbarmungslos entblättert. Da sie ahnten oder wussten, an welchem empfindlichen Nerv der Gesellschaft der Autor rührte und wie groß die Verbreitung hartgesottener Vorurteile gegen den Islam und islamische Zuwanderung in Deutschland ist, haben sie vom ersten Augenblick an in teilweise schamloser Art dem Autor zunächst, oft kommentarlos, die ganz große Bühne bereitet, um hernach von der parasitär erzeugten Publizität der Person und ihrer Themen wochenlang gut zu leben, teilweise in Form einer Infragestellung und Kritik seiner Thesen, dann aber auch immer wieder durch Berichte über seine Veranstaltungen oder Interviews mit ihm oder allerlei Hintergrundberichten. Ihnen ist, welches Wunder der modernen Medienwirklichkeit, die Quadratur des Kreises gelungen.

Sie haben Autor und Thema gezüchtet, monatelang gehegt und gepflegt und sich in unterschiedlicher Deutlichkeit, gleichzeitig aber auch aus der von ihnen selbst erzeugten Aura gelöst. Sie waren Zuhälter, Feldprediger und Scharfrichter in einer Person, was der deutsche Publizist Klaus Harpprecht noch auf das Phänomen »Bild-Zeitung« begrenzen konnte. Derselbe Frank Schirrmacher, seines Zeichens Herausgeber der FAZ und einer der großen Medienintellektuellen der Republik, hat Sarrazins Buch gleichzeitig mit dem Skalpell seziiert und seine dunklen Ursprünge in der Eugenik-Debatte des 19. Jahrhunderts nachgewiesen, um dann doch, weil das Thema so gut läuft, immer wieder Artikel, Berichte und lange

Reportagen zur Befindlichkeit der Person des Autors zu publizieren. Man konnte nicht widerstehen.

Hans-Ulrich Jörges hat recht, die Medien haben das Ungeheuer frei gesetzt und genährt, das Sarrazin zunächst ganz klein und unscheinbar in die Welt gesetzt hat.

Bis hinunter zum Boulevard schlossen sich dann Pseudodebatten an unter Überschriften wie »Wo Sarrazin recht hat«, so dass auf der schiefen Bahn der Argumentation dieses Autors am Ende jegliches Integrationsproblem, das tatsächlich zu beklagen sein mochte – und im übrigen ja mit den deutschen Unterschichten keineswegs geringer ist –, irgendwie beim Islam und seinen bösen Genen landete. Letzteres wird nun, und das ist der große Skandal, der möglicherweise für lange nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist, immer mitgedacht bei der Debatte von Schwierigkeiten der Integration, aber zumeist nicht mit formuliert, weil die wenigsten dafür öffentlich haftbar gemacht werden wollen. Es ist diese Doppelbödigkeit, die das Klima nicht nur der Integrationsdebatten, sondern auch der Chancen und Risiken der Integration in Deutschland so sehr vergiftet. Dass aber die Massenmedien in verantwortungsloser Weise das Thema zuerst ganz groß gemacht haben, der »Spiegel« etwa durch einen kommentarlosen seitenlangen Vorabdruck aus Sarrazins Buch, und hernach teils halbherzige Relativierungen liefern, teils aber auch in verdrehten oder verdeckten Windungen das Thema immer wieder befeuern, ist der eigentliche Skandal.

Die Neubürgerliche Journalistenelite in Deutschland, die seit etwa eineinhalb Jahrzehnten die ehemals linksliberalen Journalisten in den meinungsbildenden Blättern des Landes abgelöst haben, nutzen die besonderen Schwierigkeiten, die Sarrazin als SPD-Mitglied für seine Partei und deren öffentliche Wahrnehmung erzeugt, in virtuoser Weise. Das Parteiausschlussverfahren gegen den Buchautor, das aufgrund der gegebenen Rechtssituation schwierig, langwierig und ungewiss bleiben wird, gibt diesen Medien immer neuen Anlass,

die SPD an den Pranger zu stellen. Ohne zur eigentlichen Botschaft des Autors direkt Stellung nehmen zu müssen, können sie jederzeit das Thema als einen Beweis für den autoritären Führungswillen der SPD-Spitze abqualifizieren, die gegen elementarste Sätze der Meinungsfreiheit verstoße, indem sie eine Person wegen des Buches aus der Partei ausschließen möchte oder aber die Zerrissenheit der Partei vorführen, aus deren Reihen sich Zustimmung in großer Breite artikuliert, und zwar in solchem Maße, dass sogar der »Vorwärts« sich genötigt sieht, diesen Stimmen in seinen Spalten beträchtlichen Raum zu geben. Und in der Tat, da hat das SPD-Mitglied Sarrazin, was er wusste, seine Partei auf dem falschen Fuß erwischt.

DAS HAT WIRKUNG

Die SPD befindet sich nämlich in einer Situation, in der sie sich auf ein sozialpolitisches und ökonomisches Programm, auch auf eine gemeinsame Bildungspolitik, gut und mit tiefer Begründung verständigen kann, aber in soziokulturellen Fragen, wie gerade dem Umgang mit Menschen anderer Regionen, mit Zuwanderung und Migration keine gemeinsame Position finden kann. Insider schätzen, dass fast die Hälfte der SPD-Mitglieder – und für die Wähler dürfte nichts anderes gelten – Sarrazins Thesen etwas abgewinnen kann. Dabei hilft, dass die wenigsten das Buch gründlich gelesen haben und die meisten glauben, es sei einfach eine unverblühte Anprangerung von Integrationsdefiziten und nichts anderes. Dieser Riss ist schwer zu kitten und die Massenmedien, die das wissen, reiben täglich Pfeffer in die Wunden und grillen den Patienten am offenen Feuer. Das hat Wirkung.

Die beträchtlichen Verluste der SPD, die sich eben erst von der schwersten Wahlniederlage ihrer jüngeren Geschichte erholt hatte, in Richtung Grüne Partei, die davon in atemberaubendem Ausmaße wächst und gedeiht, haben zweifellos damit zu tun, dass viele kulturell liberale Wähler die SPD dafür abstrafen, dass sie solche Mitglieder hat und nicht entschieden genug dafür sorgt, dass die Verhältnisse geklärt werden. Nicht

ausgeschlossen, dass damit auch in Deutschland eine Entwicklung beginnt, wie wir sie aus anderen Nachbarländern kennen, wo ehemals sozialdemokratische Wähler bis hinein in die Mittelschichten sich rechtspopulistischen Akteuren, Parolen und ggf. auch Parteien zuwenden, die ihre Verunsicherung mit der zunehmenden kulturellen Heterogenisierung der Gesellschaft erklären. Sarrazin selbst ist nicht der Mann, der ein Partei gründen und führen könnte, aber er hat das Feuerchen entfacht, auf dem andere diese Suppe zum Kochen bringen können.

Das Ausschlussverfahren gegen Sarrazin, das die SPD-Führung anstrengt, ist ohne Zweifel gut begründet. Zu den zentralen Programmgrundlagen der Partei gehört ja seit eh und je ein humanistisches Menschenbild, das jeder Person die gleiche Würde zuspricht, jeder Person die gleichen Chancen eröffnen möchte und jeder durch das bestmögliche Bildungsangebot ihren Weg in der Gesellschaft ebnen möchte. Die kollektivistische Abqualifizierung ganzer Bevölkerungsgruppen, die Abstempelung der Unterschichten als genetisch defekt und damit die pauschale Legitimation gesellschaftlicher Ungleichheit verbunden mit der Aussage, dass bei den Migrantenkollektiven im Grunde die großen Bildungsanstrengungen vergeblich bleiben müssen, ist der schärfste Widerspruch, der sich gegen die programmatische Identität der sozialen Demokratie denken lässt. Daran kann es gar keinen Zweifel geben.

Dennoch bleibt aufgrund der schwierigen Rechtslage letztlich offen, wie das soeben begonnene Verfahren laufen und zu welchem Ende es kommen wird. Schmerzlich für die SPD und ein Fressen für die Medien ist der eigentümliche Sachverhalt, dass sich in Situationen wie dieser immer ganz schnell sozialdemokratische Ex-Promis finden, die sich zum Anwalt des Angeklagten machen und gleichfalls monatelang von seiner Publizität zehren.

Die Sarrazin-Debatte reißt erbarmungslos einen Schleier weg, der der deutschen Gesellschaft bislang den Blick auf sich

selbst ersparte. In eher wissenschaftlich fokussierten Publikationen, etwa denen des Bielefelder Instituts für Interdisziplinäre Konfliktforschung unter Wilhelm Heitmeyer war schon über die letzten 10 Jahre hinweg ein beständiges Ansteigen der Islamphobie konstatiert worden, und zwar in beängstigendem Ausmaß. Nun zeigt nicht nur die ungehemmte Akklamation großer Teile der deutschen Gesellschaft bis hinein in die wohletablierten Mittelschichten und gelegentlich darüber hinaus, wie tief die Ressentiments unter der Wohlanständigkeit und dem fabelhaften demokratischen Selbstbild des Landes die Ressentiments sitzen.


RELIGIONSFREIHEIT

Eine soeben publizierte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt, dass über 50 % der deutschen Bevölkerung dazu bereit sind, den Muslimen Rechte der Ausübung ihrer Religion in diesem Lande zu beschneiden und nicht viel weniger generelle islamfeindliche Einstellungen hegen. Die feierlich beschworene Religionsfreiheit des Landes wird just in dem Augenblick zur Disposition gestellt, wo sie sich praktisch erproben müsste, und zwar gegen eine starke Minderheitenreligion statt bloß als dauernde Rückverstärkung für die Religion der Mehrheiten. Der Islam ist, ohne irgendeine tragfähige Begründung in der Sache, zu einer nicht integrierbaren Religion abgestempelt und soll nun nur noch klein und am Rande gehalten werden. Dafür stellen diese durch die Debatte nun nochmals erstarkten Kräfte sogar Grundsätze der rechtsstaatlichen Demokratie infrage und erweisen sich damit im übrigen selbst als Integrationsverweigerer.

Es ist nicht überraschend, dass viele Politiker unter diesem Druck einknicken, diese Vorurteile übernehmen und flugs in demagogische Parolen verwandeln, bis hin zum Vorsitzenden der CSU, immerhin einer der tragenden Parlamentsparteien des Landes. Der Sprengstoff, der sich in der Gesellschaft anhäuft, ist eine große Gefahr für alle Seiten. Wir wissen ja, dass die Spirale der gegenseitigen Befeuerung von Misstrauen, Ablehnung und sogar Ethno-Fundamentalismus in der Mehrheits-

gesellschaft und religiös-politischem Trotzfundamentalismus bei den diskriminierten Minderheiten schwer wieder anzuhalten ist, wenn sie sich erst einmal in Bewegung gesetzt hat. Jetzt muss diesen erschreckenden Anfängen gewehrt werden.

Nur eine politische Kultur und eine Politik der Anerkennung können den gesellschaftlichen Frieden zurück bringen und die Verunsicherungen auf allen Seiten überwinden. Eine solche Politik der Anerkennung braucht drei gleichberechtigte Elemente. Jede kulturell-religiöse Identität hat ein Recht, übrigens ein universalistisches Grundrecht, auf gleichberechtigte Anerkennung und Entfaltung, soweit sie selber diese Norm der gleichberechtigten Anerkennung der Verschiedenen unterstützt und in der Praxis beherzigt. Und nur die gleichberechtigte Teilhabe aller an den materiellen Ressourcen der Gesellschaft in Bildung, Arbeit, Kultur und Politik ist geeignet, aus der Symbolik der Anerkennung eine Wirklichkeit werden zu lassen, die von allen Beteiligten verstanden und akzeptiert wird.

Dazu gehört zunächst, dass die falsche Kulturalisierung sozialer Probleme, die das Hauptkennzeichen der Sarrazin-Debatte ist, ein Ende findet, dann wird sich nämlich schnell zeigen, dass Migrationsgesellschaften, wenn sie in ihrem Bildungssystem tatsächlich auf die grundlegend veränderten Bedingungen der Bildung der Migrantenkinder eingestellt sind, den allergrößten Teil der Probleme überwinden können, über die jetzt die falsche und verdrehte Debatte geht. Die wirkliche soziale Integration ist es in erster Linie, die den hysterisierten Kulturkämpfen den Wind aus den Segeln nehmen kann und muss. 

THOMAS MEYER

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der TU Dortmund und Chefredakteur der Zeitschrift »Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte«. Er ist Mitglied der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und programmatischer Vordenker der SPD.
 ► <http://www.frankfurter-hefte.de>

Immer wieder Ausländer

Reinhold Gärtner geht in seinem Beitrag mit der österreichischen »Integrationsdebatte« kritisch ins Gericht. Versuche, den rechten Hetzern zu begegnen, indem man auf deren »Ausländerdebatte« einsteige, seien kontraproduktiv. Vielmehr sei eine »Ent-Ethnisierung« der Politik gefragt.

Josef Cap meinte nach der für die SPÖ katastrophal verlorenen Landtagswahl in Oberösterreich im Herbst 2009: »Es ist Zeit, wieder mehr auf die Österreicher zu schauen.« (Falter; 43/2009, 21.10.2009) Er ist damit nicht allein. Aber ist unser dringlichstes Problem wirklich die Unterscheidung in InländerInnen und AusländerInnen, in ÖsterreicherInnen und Fremde, in wir und die anderen? Sie geht einfach, diese plumpe Kategorisierung, diese Ethnisierung von Menschen – und sie wird seit Jahrzehnten wiederholt. Damit werden in erster Linie soziale, aber auch so manche andere Probleme auf die Frage der Abstammung reduziert.

Aber sollen – und können – wir es uns so einfach machen? Wer ist eigentlich ÖsterreicherIn und wer AusländerIn? Genügt dafür die Staatsbürgerschaft? Oder sind auch andere Kriterien mitzudenken?

Rechtlich sind Fremde jene Personen, die zwar in Österreich leben, nicht aber österreichische Staatsbürger sind. Dazu gehört ein kanadischer Manager bei Magna ebenso wie eine Asylwerberin aus Tschetschenien oder ein Installateur aus Polen. Und Fremde – weil nicht österreichische StaatsbürgerInnen – sind auch jene etwa 120.000 Menschen, die zwar in Österreich geboren wurden, nicht aber die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen (Stand Volkszählung 2001). Angehörige der jeweiligen Kategorien haben nur eines gemeinsam: ihren Status als Fremde, als Nicht-Österreicher. Die übrigen Gemeinsamkeiten sind sehr gering, die Menschen sind zu unterschiedlich. Zu oft aber gehen wir, geht die politische Argumentation in Richtung Kategorisierung und Homogenisierung: AusländerIn ist AusländerIn; Fremde/r ist Fremde/r. Daneben gibt es in jüngerer Zeit noch die Kategorien Perso-

nen mit Migrationshintergrund oder Personen ausländischer Herkunft.

FOLGENLOS

Dementsprechend ist in Österreich die Rede von Ausländerpolitik und nicht Migrationspolitik. Das ist seit Jahrzehnten so: Das erste Ausländerbeschäftigungsgesetz wurde während der Phase der SPÖ-Alleinregierung Mitte der 1970er Jahre erlassen und hechelte schon damals der realen Situation hinterher (Forcierung des Rotationsmodells). Erstmals novelliert wurde das Gesetz 1988 (damals SPÖ-ÖVP-Regierung). Die Vorschläge der IHS-Studie von 1982 (beauftragt vom damaligen Bundesministerium für soziale Verwaltung unter Sozialminister Dallinger) wurden weitgehend ignoriert. Dallinger damals: »Die in dieser Publikation dargestellten Forschungsergebnisse sollen nicht folgenlos bleiben. Sie mögen dazu beitragen, daß die soziale Situation ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Angehörigen weniger vorurteilsbeladen diskutiert wird. Diese Diskussion darf nicht akademisch bleiben, sondern muß in gesellschaftspolitische Reformen zugunsten unserer ausländischen Mitbürger münden.« Eine der Forderungen damals war die Verbesserung der schulischen Bedingungen (und wo stehen wir in der Diskussion heute?); eine andere weitgehende Gleichstellung bei Sozialleistungen oder im Wohnbereich oder mehr politische Rechte.

Als die EU 2004 zehn neue Mitgliedsländer aufnahm – von Estland bis Zypern – war die größte Sorge mancher in Österreich, dass nun zu viele frische EU-BürgerInnen auf Arbeitssuche nach Österreich gehen könnten. Es wurde also eine mehrjährige Übergangsregelung ausverhandelt, qualifizierte Fachkräfte aus den genannten Ländern gingen in

deshalb in den Folgejahren in andere EU-Länder, etwa nach Großbritannien. 1960 kamen die ersten damals so genannten Gastarbeiter nach Österreich. 50 Jahre später eignet sich das Thema Ausländer immer noch vorzüglich zur negativen Emotionalisierung; unangefochtener Spitzenreiter ist seit zwei Jahrzehnten die FPÖ – egal unter wessen Führung.

Aber auch andere Parteien – und damit eben auch die SPÖ – sind in die Pflicht zu nehmen. Der eine Punkt dabei ist, dass es die SPÖ weder zu Zeiten der Alleinregierung, noch nach 1983, als sie ebenso für eine lange Zeit den Bundeskanzler stellte (und seit Jänner 2007 wieder stellt) geschafft hat, aus der Ausländerpolitik eine Migrationspolitik zu machen: Wir leben in einer Zeit der Migration, tausende AusländerInnen kommen nach Österreich und tausende ÖsterreicherInnen (und AusländerInnen) gehen aus Österreich weg. Dieser Prozess der ständigen Ein- und Auswanderung findet statt, egal ob wir das möchten oder nicht, egal ob wir das als positiv oder als negativ einschätzen.

Es soll nachfolgend aber nicht um eine Auflistung der Versäumnisse und offensichtlichen Fehleinschätzungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte gehen, ebensowenig um die Agitation und Hetze mancher politischer Akteure. Wesentlicher erscheint mir die Frage, wie man auf die offensichtlichen Provokationen und Tabubrüche, auf die negative Emotionalisierung reagieren könnte. Wenn den rechten und rechtspopulistischen Hetzern nachgehechelt wird, werden diese dennoch nicht an (WählerInnen)Gunst verlieren. Dass eher das Original und weniger die Kopie nachgefragt wird, steht wohl mittlerweile außer Zweifel.

ENT-ETHNISIERUNG DER POLITIK

Einige Prinzipien könnten aber in der Politik konstruktiv sein: zum einen die Ent-Ethnisierung von Politik. Das bedeutet nicht, dass Ethnizität keine Rolle spielen darf. Ethnizität, Herkunft ist wichtig, stiftet (auch) Identität und schafft Gemeinsamkeit. Ent-Ethnisierung bedeutet aber sehr wohl,

dass Ethnizität nicht das alles entscheidende Kriterium unseres Handelns sein kann. Und wenn rechte Hassprediger immer wieder die Leier von »den Ausländern« und den durch diese scheinbar verursachten Problemen herunterrasseln, so könnte man auf bestehende Probleme eingehen, gleichzeitig deren reale Ursachen benennen und Lösungsansätze formulieren.

Nicht die Nachahmung ist wichtig, sondern die Vision. Es geht zum einen darum, festzuhalten wo Gesellschaft und Politik, wo etwa die SPÖ, wo Österreich in 20, 30 Jahren stehen soll, zum anderen darum, sich zu Positionen zu bekennen. Dazu ein Beispiel: Rückblende Frühsommer 2008. Wenige Monate vorher, im April war der Reformvertrag von Lissabon vom Parlament ratifiziert worden. FPÖ und Kronen Zeitung hatten in gewohnter und damit wenig überraschender Weise dagegen agitiert und polemisiert. Und wie reagiert das damalige SPÖ-Führungsduo? Mit einer wohl zumindest als populistische Anbiederung zu bezeichnenden Leserbriefaktion an den mittlerweile verstorbenen Hans Dichand und dessen Kronen Zeitung. Man werde in Zukunft, so ließ man BürgerInnen wissen, sehr wohl in essentiellen europäischen Fragen die WählerInnen um deren Urteil bitten.

Dazu treffend Rainer Bauböck: »Um zwei Fragen wird es also bei der von Gusenbauer und Faymann angekündigten Volksabstimmung über die nächste EU-Reform gehen: Ersten soll die EU das Projekt einer politischen Union gleichberechtigter Bürger und Mitgliedsstaaten aufgeben und sich in einen integrationswilligen Kern und einen –unwilligen Rand aufspalten? Zweitens soll Österreich in diesem Fall zum Rand gehören? Wer nationale Volksabstimmungen über EU-Reformen fordert, hat beide Fragen klar mit ja beantwortet.« (Der Standard, 4.7.2008)

Der Leserbrief hat kurzfristig geholfen: Die Gunst der Krone half der SPÖ im NR-Wahlkampf 2008 – um beim Wahlkampf zu den EU-Parlamentswahlen schon wieder einem anderen zu helfen. Position zu beziehen hätte bedeutet,

zur Ratifizierung durch das Parlament, zu dieser Form der repräsentativen Demokratie zu stehen. Und dies zu begründen (was nicht allzu schwer gefallen wäre). Dazu aber hätte die EU bereits im Vorfeld anders präsentiert werden müssen: Nicht in der Rolle als Sündenbock und Grund vielen Übels sondern z.B. als Friedensprojekt, als Chance und wichtiger Stichwortgeber z.B. im Kampf gegen Rassismus oder in der Antidiskriminierungspolitik.

ES BRAUCHT DIFFERENZIERUNG


In der aktuellen Debatte um AusländerInnen in Österreich wird regelmäßig verkürzt und reduziert: AusländerInnen werden gleichgesetzt mit AsylwerberInnen und diese mit Missbrauch, Kriminalität und Bedrohung. Als Ende 2009 bekannt wurde, dass in Eberau ein Erstaufnahmezentrum entstehen sollte, riefen prominente Spitzen der SPÖ-Burgenland zum Protest dagegen auf, rasch wurde eine Volksbefragung ange-regt und durchgeführt (und damit stieß das Projekt auf Ablehnung). Wenig überraschend, war doch im Frühjahr 2010 Landtagswahl. Es ging nicht um Diskussion, um Asylrecht, um Menschenrechte – es ging um Angst und Schüren von Angst und Ressentiments.

Es geht auch anders: Selber Zeitraum, Ende 2009, Vordernberg, Steiermark. In einer Volksbefragung stimmen 60 % für die Errichtung eines Schubhaftzentrums (Beteiligung 70 %). Vorher war die Bevölkerung informiert, vorher war über Pros und Cons diskutiert worden. Übrigens war das Ergebnis der SPÖ bei Vordernbergs Gemeinderatswahl 2005 bei 79 % gewesen; bei der Gemeinderatswahl 2010 bei 78 %.

WAS ALSO TUN?

Die Hassprediger werden weiterhin aufwiegeln, pauschalieren, hetzen und Angst machen. Sie werden – so ist zu befürchten – weiterhin Unterstützung bekommen. Wir sollten ihnen aber nicht den Gefallen tun, sie zu ernst zu nehmen (bzw. nur sie ernst zu nehmen). Ernst zu nehmen sind gesellschaftliche Probleme und Missstände. Von Wirtschaftskrise, Identitätsverlust,

individuellen – möglicherweise existentiellen – Ängsten bis zu Ärger über manche andere. Diese Probleme sind real. Sie mit Xenophobie bekämpfen zu wollen, mit dem Schüren von Feindbildern, wird kontraproduktiv bleiben. Weil eben nicht diese Dichotomie *wir vs. die anderen* Verursacher von Problemen und nicht Lösungsansatz für Probleme ist.

Gefragt sind Lösungskonzepte. Und dass Probleme, die über Jahrzehnte gewachsen sind, nicht von einem Tag auf den anderen gelöst werden können, muss dabei zugegeben werden. 

REINHOLD GÄRTNER

lehrt am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen das politische System Österreichs, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, Ausländerpolitik und politische Bildung.

inserat

Was bringt Rot-Grün?

Von manchen als Zukunftskoalition gepriesen, von anderen als Chaoskoalition verdammt: Rot-Grün hat ganz offensichtlich Potenzial für politische Fantasien. Sachpolitisch wird die Koalition in Wien wenig ändern, meint Ludwig Dvořak, aber strategisch sei die neue Koalition eine wichtige Ansage: Rot-Grün werde umso wichtiger, je mehr die ÖVP-Spitze in den nächsten Monaten intern und seitens der FPÖ stärker unter Druck kommt.

Wer sich die 77 Seiten des rot-grünen Regierungsübereinkommens zu Gemüte führt, der muss vor allem einen Eindruck gewinnen: Diese Stadt muss auch bisher recht brauchbar verwaltet gewesen sein. Große Revolutionen sind ausgeblieben, selbst in den Bereichen, in denen die Medien große Sensationen gewittert haben, wird in der Regel an bereits bestehende Projekte angeknüpft.

So ist z.B. Absenkung des Autoanteils am Individualverkehr bei gleichzeitiger Erhöhung des Rad- und Öffi-Anteils die konsequent formulierte Vertiefung der im letzten »Masterplan Verkehr 2008« der Stadt Wien bereits eingeschlagenen verkehrspolitischen Richtung: 40 % Öffi-Anteil und Verdoppelung des Radanteils (damals auf 8 %) wurde bereits damals als Zielsetzung formuliert. Und ähnlich stellt sich die Situation auch in anderen Bereichen dar: Bei einem anonymisierten Lesetest wäre der Unterschied zwischen den Programmpapieren der in regelmäßigen Abständen formulierten »Wiener Visionen« der SPÖ Wien und dem aktuellen Regierungsprogramm wohl nur an der Betonung, das neue »Wien Museum« müsse in ökologischer Bauweise errichtet werden, zu erkennen.

Das soll weder das Programm noch die grünen Akzente darin herabsetzen – denn eine andere Koalition hätte bestimmt ganz andere Schwerpunkte gesetzt. Letztlich zeigt es ja vor allem eines: die hohe inhaltliche Kohärenz der beiden Regierungsparteien, unter Ausklammerung einiger – nicht aktueller – Projekte wie des Lobau-Tunnels. Die Hoffnung der Feinde dieser Koalition, sie werde innerhalb kürzester Zeit zerbrechen, dürfte also wenigstens inhaltlich keine Grundlage finden.

VERLÄSSLICHE GRÜNE?

Auch die zweite große Hoffnung auf ein baldiges Zerbröseln der neuen Koalition muss für die ältesten Abonnenten der Tageszeitung »Die Presse« eine Enttäuschung sein: Allen publizistischen Beschwörungsversuchen zum Trotz ist ein Aufruhr der grünen »Basis« ausgeblieben. Schlimmer noch: Die diversen Stimmungsbilder von der grünen Landesversammlung hinterlassen den Eindruck, dass vielen auch in grünen Kreisen eine Beteiligung an Regierung, Macht und Posten jede Menge inhaltliche Zugeständnisse wert sind. Ein irrationaler Kamikaze-Ausstieg aus der Koalition erscheint also auch in dieser Hinsicht unwahrscheinlich.

Und das ist aus grüner Sicht auch wahltaktisch vernünftig: Denn die Grünen können potenziell am meisten von dieser Regierungsbeteiligung profitieren. Dabei kommt es für sie tatsächlich nicht darauf an, ob es eine City-Maut gibt oder nicht (sie ist im Regierungsprogramm nicht vorgesehen). Die Grünen müssen vor allem den urbanen MittelschichtswählerInnen beweisen, dass Wien auch unter ihrer Regierungsbeteiligung eine gut verwaltete Stadt bleibt. Für diese WählerInnen braucht es keinen grundlegenden politischen Richtungswechsel in dieser Stadt, weil sie schon bisher gut bedient wurden. Hier braucht es vor allem Vertrauen in die Regierungsfähigkeit von Maria Vassilakou und ihrem Team und eine Handvoll symbolischer Akzente, die es zweifellos geben wird. Solange es parteiintern gelingt, das zu vermitteln, kann die grüne Führungsriege relativ entspannt bleiben.

EINE KOALITION LÖST NICHT ALLE PROBLEME

Aus sozialdemokratischer Sicht müssen die wahltaktischen Folgen dieser Koalition zweifellos differenzierter betrachtet

werden: Einerseits waren die Wiener SozialdemokratInnen in einigen Außenbezirken mit starken Verlusten konfrontiert und aufgrund des Zerbröselns der ÖVP mit noch stärkeren blauen Zugewinnen. Andererseits sind die wienweiten Verluste deutlich geringer ausgefallen, als es noch vor ein bis zwei Jahren zu befürchten gewesen wäre. Und es ist nicht zu übersehen, dass die Wahlergebnisse je nach sozialer Zusammensetzung der Wohnbevölkerung massiv differieren, dass die SPÖ also eine relativ breite WählerInnenallianz geschmiedet hat: In den Innenstadtbezirken brachte die klare Anti-Strache-Haltung deutliche Stimmengewinne. In den äußeren Gürtelbezirken mit hohem MigrantInnenanteil hielten sich die Verluste in Grenzen. Gerade dort, wo der MigrantInnenanteil vergleichsweise niedrig war, schoss das FPÖ-Ergebnis aber in die Höhe. Auffällig ist auch bei dieser Wahl, wie gut Straches Parolen bei denen ankommen, die den sozialen Abstieg fürchten.

Wenn die SPÖ in fünf Jahren wieder um die absolute Mehrheit in Wien kämpfen will, dann muss ihr Kampf gegen die FPÖ also vor allem ein Kampf gegen diese (berechtigten) Abstiegsängste und ein Kampf um verloren gegangene Integrität und Glaubwürdigkeit der SPÖ sein. Ein rhetorisches Aufgreifen des rassistischen FPÖ-Diskurses würde abgeworbene SPÖ-WählerInnen nicht zurückbringen, würde aber gleichzeitig die sozialdemokratische WählerInnenkoalition massiv gefährden.

Klar ist daher eines: Die neue Koalition löst nicht alle Probleme der Wiener SPÖ. Aber im Unterschied zu jeder anderen Koalitionsform verschärft sie diese auch nicht. Rot-Grün ermöglicht der Wiener SPÖ im Wesentlichen die inhaltliche Fortführung der bisherigen Stadtpolitik. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Konfrontation mit der FPÖ liegt darüber hinaus in zwei anderen Bereichen: Einerseits muss die Wiener SPÖ die Arbeit an der Basis weiter forcieren. Die entsprechenden Initiativen der letzten zwei Jahre haben ohne jeden Zweifel dazu beigetragen, die drohenden Verluste zu minimieren. Daraus gilt es zu lernen und an der Wiederherstellung

starker und glaubwürdiger Basisstrukturen zu arbeiten, auch wenn das immer mit dem »Risiko« verbunden ist, nicht alles und jeden zentral lenken zu können.

Vor allem aber ist der Kampf gegen die FPÖ eine Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit, um höhere Einkommen und mehr Lebensqualität. Dieser Kampf wird nicht nur kommunal- sondern vor allem bundespolitisch geführt. Das Problem des aktuell diskutierten Budgetentwurfs liegt nicht nur in verschiedenen kritikwürdigen Einzelmaßnahmen, es liegt vor allem im Fehlen jeglichen Spielraums für diese Auseinandersetzung. Angesichts der internationalen Entwicklungen ist nicht davon auszugehen, dass die aktuelle Wirtschaftskrise tatsächlich überwunden ist. Umso größer werden die sozialen Ängste bestimmter ArbeitnehmerInnengruppen und ihre Anfälligkeit für die FPÖ sein. Die SPÖ sollte sich nicht die Hoffnung machen, diese Gruppen mit kurz vor der Wahl plakatierten Parolen an sich binden zu können. Dafür wurde in den letzten Jahren viel zu viel Kredit verspielt. Hier sind Taten gefragt, die die soziale Situation spür- und erlebbar verbessern. Die einzige budgetpolitische Reserve für solche Maßnahmen bleibt aber die Einführung echter Vermögenssteuern. Diese sind nicht per se ein Stimmenbringer, es genügt daher auch nicht, anzukündigen, in der Zukunft dafür kämpfen zu wollen. Es braucht zusätzliche Einnahmen um zusätzliche Investitionen in Bildung und Soziales zu finanzieren.

ROT-GRÜN AUF BUNDESEBENE

Besondere Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner ist dabei nicht besonders sinnvoll. Denn schon jetzt zeigt sich, dass die Bundes-ÖVP die Rolle des Zweiten in der Koalition ohnehin nicht lange aushalten will und aushalten kann. Parteiintern beginnt sie schon jetzt in die Phase der Prä-Schüssel-Ära zurückzufallen, in der die Landeshauptmänner alles und die Bundespartei nichts war. Gleichzeitig droht der ÖVP auch Ungemach von Rechts. Das ÖVP-Debakel in Wien ist nicht ausschließlich auf Mareks seltsame Performance zurückzuführen, sondern spiegelt auch einen internationalen Trend wider: Die

* KARL ETINGER, *Vom Kraftmeier zum Faserschmeichler - und retour*,
Die Presse vom 01.12.2010.

Radikalisierung des »bürgerlichen« Lagers. Und es ist daher wohl auch nicht als Zufall zu betrachten, dass Strache zuletzt zwei ÖVP-Kernthemen, ein eigenes »Mittelstandsprogramm« und die Familienpolitik, zu neuen inhaltlichen FPÖ-Schwerpunkten erklärt hat.

Josef Pröll ist bei der Budgeterstellung gehörig unter Druck geraten und das, obwohl auch die SPÖ nicht gerade einen Triumph feiern konnte. Die Ursache liegt in der von vielen rechts-bürgerlichen Stimmungsmachern erwarteten »schärferen« Vorgangsweise gegenüber der SPÖ und den durch die überzogenen Erwartungshaltungen an eine Verwaltungsreform (vgl. Georg Feigl in ZUKUNFT 11/2010) enttäuschten Hoffnungen auf härtere Einschnitte in das Sozialsystem. Dabei, so meinen viele, dürfe man es nicht belassen: »Irgendwann wird Josef Pröll vom Faserschmeichler wieder zum Kraftmeier werden« und seine »Boxhandschuhe« wieder anziehen müssen.* Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wichtige Teile der ÖVP auf die strategischen Probleme der 1990er Jahre die strategische Antwort der 1990er Jahre geben wollen: Eine Koalition der ÖVP mit der FPÖ, in der man den lästigen Ballast – SPÖ und Gewerkschaft – endlich wieder abwirft.

Für die SPÖ hat sich der, nach dem langen Zögern in der Vermögensteuer-Frage, etwas hartnäckigere Kurs beim Budget durchaus bezahlt gemacht: Schließlich steht erstmals nicht sie selbst, sondern die ÖVP im Mittelpunkt öffentlicher Kritik. »Schlimmeres verhindert zu haben« wird aber für die SPÖ bundespolitisch nicht reichen. Sie muss ihren WählerInnen eine glaubwürdige Perspektive für eine andere Politik liefern. Und hierin liegt der eigentliche Wert von Rot-Grün in Wien.

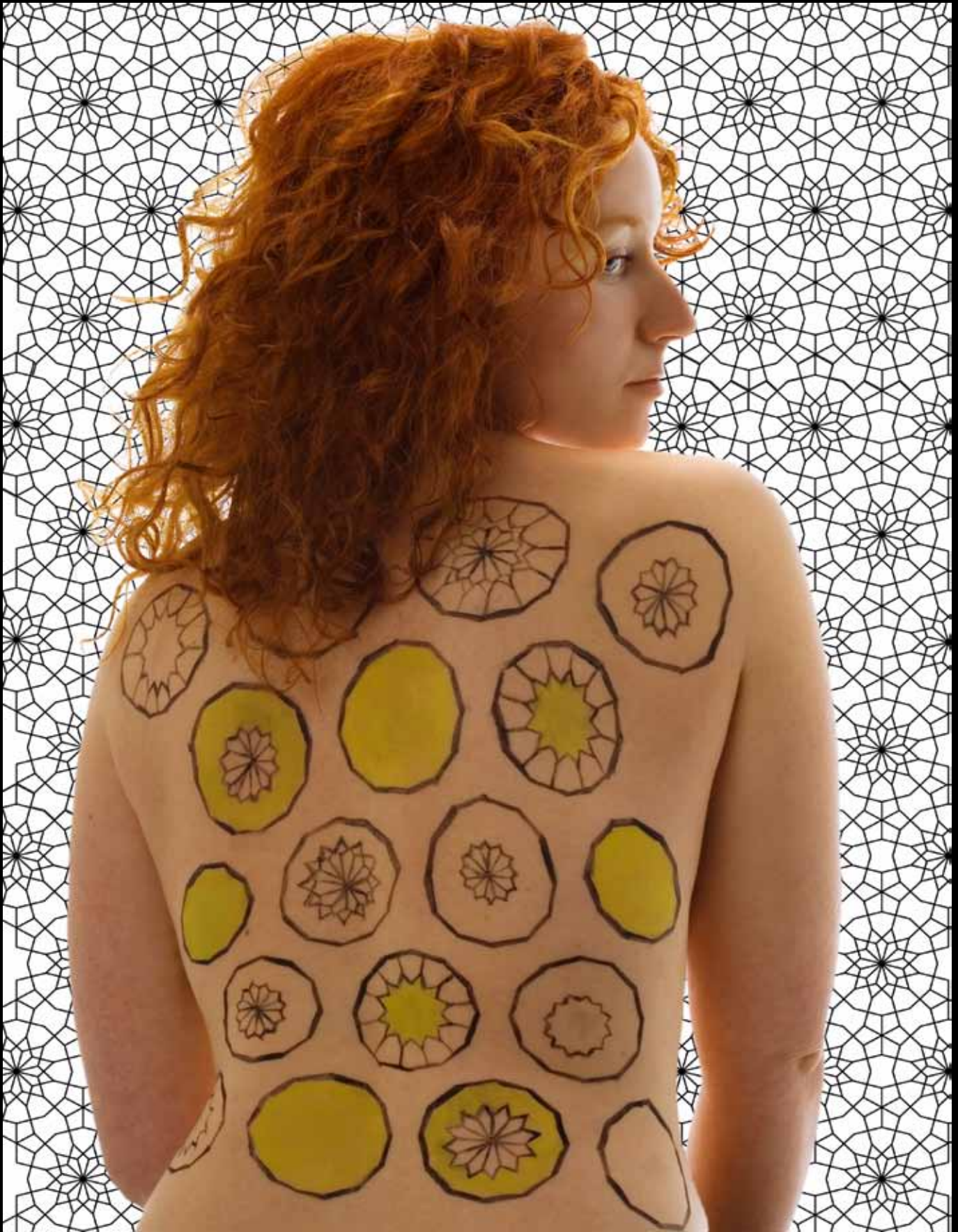
Diese Koalitionsform zeigt, dass es auch andere Machtoptionen gibt als die inhaltliche Unterwerfung unter die ÖVP, in der (unberechtigten) Hoffnung, dass diese uns dafür auch mittelfristig den Kanzlerposten überlässt. Wie auf Wiener Ebene gilt dabei auch im Bund: Eine Koalition löst nicht alle politischen Probleme. Aber die Option einer rot-grünen Ko-

alition ist der machtpolitische Ausdruck einer sozialen, demokratischen und gleichheitsorientierten Politikalternative, die Österreich dringend braucht und die schleunigst entwickelt werden muss, wenn Schwarz-Blau verhindert werden soll. 🍷

LUDWIG DVOŘÁK

ist.gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

Das rot-grüne Koalitionsabkommen im Internet:
<http://wien.spoe.at/regierungsuebereinkommen-pdf>



Intellektuelle, Glaube & Diener



Dietz Bering DIE EPOCHE DER INTELLEKTUELLEN 1898–2001

Die Intellektuellen sind tot. Ist das ein Gerücht oder eine bittere Wahrheit? Antworten findet man in Berings Grundlagenwerk, das die gesamte Biographie eines umstrittenen Begriffs verfolgt. So entsteht ein Bild einer ganzen Epoche

beginnend mit seiner Geburt im Frankreich der Dreyfus-Affäre. Bering konstatiert: Nie waren die Intellektuellen lebenswichtiger als in dem Moment, als sie totgesagt wurden.

BERLIN UNIVERSITY PRESS, 756 Seiten, 51,30 Euro

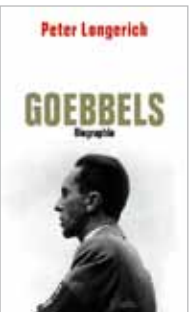


Joseph Roth JUDEN AUF WANDERSCHAFT

In seinem berühmten Essay von 1927 (inklusive Vorwort zur geplanten Neuauflage 1937) schildert Roth das Leben der Juden in Europa. Dieser Text, der eine verloren gegangene Welt heraufbeschwört, liegt nun illustriert vor: In eindringlichen Schwarzweiß-Fotografien

wird die ganze Vielfalt jüdischen Lebens in Europa und Übersee vor seiner Auslöschung wieder lebendig.

CHRISTIAN BRANDSTÄTTER, 143 Seiten, 29,90 Euro



Peter Longerich JOSEPH GOEBBELS

Mit dieser Biographie erzählt Peter Longerich die politische wie die private Lebensgeschichte von Hitlers Chefpropagandisten und wirft zugleich ein neues Licht auf Öffentlichkeit und Herrschaft im Nationalsozialismus. Goebbels war die beherrschende Figur im Bereich der

nationalsozialistischen Medien- und Kulturpolitik, und es gelang ihm, erhebliche Kompetenzen im Bereich der zivilen Kriegsführung zu haben.

SIEDLER, 912 Seiten, 41,20 Euro



Axel Hacke, Giovanni di Lorenzo WOFÜR STEHST DU?

Di Lorenzo und Hacke haben zusammen ein ungewöhnliches Buch geschrieben: Sie stellen die Frage nach den Werten, die für sie maßgeblich sind – oder sein sollten und halten ein Plädoyer gegen die Gleichgültigkeit. Selbstkritisch suchen

die Autoren nach Antworten in den Themenfeldern Politik und Staat, Klimawandel, Gerechtigkeit, Migration und Fremdheit, Angst und Depression, Krankheit und Tod.

KIEPENHEUER & WITSCH, 256 Seiten, 19,50 Euro



John Rawls ÜBER SÜNDE, GLAUBE UND RELIGION

Der Autor der Theorie der Gerechtigkeit galt zeitlebens als »religiös unmusikalisch«. Nach Rawls' Tod wurden jedoch zwei Texte entdeckt, die zu einer Revision dieses Bildes zwingen. Rawls war offensichtlich nie Atheist, aber er schließt diese Selbstausskunft über »seine Religion« mit der Überzeugung, dass der Atheismus jedoch nichts sei, vor dem man sich in politischer Hinsicht fürchten müsse.

SUHRKAMP, 344 Seiten, 27,70 Euro



Markus Krajewski DER DIENER

Anhand von Fallgeschichten – etwa zur barocken Palastarchitektur, zu den Laboren der Experimentalwissenschaften, an Beispielen aus der Literatur wie dem digitalen Alltag – zeichnet Markus Krajewski die spannende

Mediengeschichte des Dieners zwischen König und Klient nach. Der Autor bietet eine Kulturgeschichte der Subalternen, die ebenso zugänglich wie unterhaltsam geschrieben ist.

FISCHER, 720 Seiten, 25,70 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Grimm, Goethe & Geldwäsche



Günter Grass
GRIMMS WÖRTER

Günter Grass erzählt das Leben der Brüder Grimm als Liebeserklärung an die deutsche Sprache und die Wörter, aus denen sie gefügt ist. Er schreibt über die Lebensstationen der Brüder, über ihre uferlose Aufgabe und die Zeitgenossen an ihrer

Seite: Familie und Verleger, Freunde, Verehrer und Verächter. Grass durchstreift die deutsche Geschichte seit der Fürstentherrschaft und den ersten Gehversuchen der Demokratie.

STEIDL, 368 Seiten, 30,70 Euro



Iwan Bunin
AM URSPRUNG DER TAGE

Die Erzählungen zeigen die literarische Entwicklung Bunins von seinen Anfängen bis zu der Zeit, als er in Russland bereits ein angesehener Autor war, der 1909 den prestigeträchtigen Puschkinpreis erhielt und Ehrenmitglied der Akademie wurde. Bunins Blick richtet sich unvoreingenommen auf die Menschen, auf die manchmal skurrilen Landbewohner, die kleinen Momente von Glück und Trauer.

Bunins Blick richtet sich unvoreingenommen auf die Menschen, auf die manchmal skurrilen Landbewohner, die kleinen Momente von Glück und Trauer.

DÖRLEMANN VERLAG, 288 Seiten, 25,60 Euro



Thomas Bernhard
GOETHE SCHTIRBT

Zu Lebzeiten von Thomas Bernhard kam die Publikation dieser Anfang der achtziger Jahre verfassten und in Zeitungen abgedruckten Erzählungen nicht mehr zustande: zu sehr war der Autor mit seinem Roman »Auslöschung« und

mit dem Theaterstück »Heldenplatz« sowie dem dadurch entfachten Skandal befasst. Diese Erzählungen werden zum ersten Mal in einem Band zusammengefügt.

SUHRKAMP, 98 Seiten, 15,40 Euro



Samuel Pepys
DIE TAGEBÜCHER 1660-1669

Eines der berühmtesten Tagebücher der Weltliteratur gibt es jetzt erstmals in ungekürzter deutscher Übersetzung in neun Bänden – 340 Jahre nach seiner Niederschrift, 110 Jahre nach der ersten nennenswerten englischen und 25 nach

der ersten vollständigen historisch-kritischen Originalausgabe. Die Tagebücher des Samuel Pepys sind für Verliebte, für Eheleute, für Pornophile, für Historiker, für Theaterfreunde.

HAFFMANS & TOLKEMITT, 4416 Seiten, 169,90 Euro



Peter Esterházy
EIN PRODUKTIONSROMAN

Der Roman besteht aus zwei Teilen. Der erste ist die Parodie eines »Produktionsromans«, jener Gattung, in der die Autoren in kommunistischen Ländern sozialistisch-realistisch das Leben der Arbeiterklasse optimistisch »widerzuspiegeln« hatten. Der zweite Teil berichtet in

Anmerkungen über die Umstände, unter denen der erste Teil geschrieben wurde und wird zum Roman über die Produktion eines Romans.

BERLIN VERLAG, 544 Seiten, 37,10 Euro



John le Carré
VERRÄTER WIE WIR

Dima ist die Seele der russischen Mafia. Seit seiner Zeit als Gefangener im Gulag hat er sich an ihre Spitze hochgearbeitet. Sein Spezialgebiet: die Geldwäsche. Doch er hat Feinde unter den mächtigen Weggefährten. Um das Überleben

seiner Familie zu sichern, geht er einen Pakt mit dem Westen ein. »Verräter wie wir« ist ein Roman über die Korruption des Westens und über die Zerbrechlichkeit der Demokratie.

ULLSTEIN, 413 Seiten, 25,70 Euro

Zur Überlebensfähigkeit des Euro


Dass die fiskalischen Stimulusmaßnahmen und Bankenrettungspakete, die letztlich erfolgreich verhindert haben, dass sich die große Rezession (2009) in eine große Depression auswächst, und insbesondere, dass die fiskalischen Nachwirkungen der Krise 2009 die Staatsschuldenquoten stark ansteigen haben lassen, kam nicht überraschend. Überraschend für viele ist allerdings, dass Probleme von Staaten wie Griechenland oder Irland und zuletzt auch Portugal mit einem Anteil von 2,6%, 1,8% bzw. 1,9% am BIP des Euroraums den Euro in Gefahr bringen können.

Folgt man den jüngsten Prognosen des Internationalen Währungsfonds, so wird die Staatsschuldenquote des Euroraums in Folge der Krise zwischen 2008 und 2015 um etwa 20 Prozentpunkte auf etwa 90% ansteigen. In den USA wird in diesem Zeitraum ein Anstieg um 40 Prozentpunkte auf 110% prognostiziert. Aber selbst der Umstand, dass beispielsweise Kalifornien mit einem Anteil von fast 14% am US-amerikanischen BIP überaus hoch verschuldet ist, löst keine Diskussion über die Überlebensfähigkeit des Dollar aus. Was sind die Gründe für die überaus negative Perzeption des Euro durch Finanzmarktakteure, Medien und Politik?

Eine Ursache dafür mag im Krisenmanagement der Europäischen Union liegen, das durchaus verbesserungswürdig ist. Während die Bewältigung der Staatsschuldenkrise für einige Länder eine Stärkung von Elementen der politischen Union bedarf (z.B. Begebung von Eurobonds, Koordinierung und Harmonisierung von Kapitalsteuern, Ausweitung des EU-Budgets), beobachten wir – mit Ausnahme von Maßnahmen der ad-hoc Krisenintervention, die durchaus erfolgreich sind – Desintegrations- und Renationalisierungstendenzen, die in EU-skeptischen bis hin zu xenophoben Bewegungen ihren politischen Ausdruck finden. Auch ist der Ehrgeiz der politischen Repräsentanten von Nationalstaaten, diesen Tendenzen entgegenzuwirken, z.B. durch eine Diskussion darüber, wie ein solidarisches und gerechtes Europa der Zukunft gestaltet werden soll, begrenzt. Es dominiert die Sichtweise, dass die verantwortungsvollen reichen Länder nun jene der

europäischen Peripherie unterstützen müssen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben. Dies ist ökonomisch falsch und ein gefährlicher Rückfall in Provinzialismus und kleinstaatliches Denken, das wir schon lange überwunden glaubten.

Ein anderer Grund für die Diskussion über den Euro liegt darin, dass es bis heute nicht gelungen ist, sich aus der Geiselhaft der Finanzindustrie zu befreien. Die Finanzmarktakteure testen, wie weit sie gehen können. Sie erzwingen hohe Risikoprämien, wollen aber durch die Politik sichergestellt wissen, dass sie kein Risiko tragen müssen. In einer Krisensituation ist es daher besonders schwierig, eine Beteiligung von Gläubigern an Sanierungsmaßnahmen und notwendige Schuldenumstrukturierungen zu organisieren. Aber gerade die Erfahrungen mit der Schuldenkrise Lateinamerikas in den 1980er Jahren zeigen folgendes: Je länger man mit einer Schuldenrestrukturierung zuwartet, desto höher die ökonomischen Kosten.

Eine Rückabwicklung des Euro, das Ausscheiden einiger Länder des Euroraums, wie heute von manchen diskutiert, hätte unabsehbare politische und vor allem negative ökonomische Auswirkungen, auch für jene Länder, die in der Währungsunion verbleiben: geringere Exportmöglichkeiten oder die Notwendigkeit der Abschreibung eines großen Teils der Euroschulden der Peripherieländer, die nach der erfolgten Abwertung der aus der Währungsunion ausgeschiedenen Länder steigen und realistisch nicht rückzahlbar sind. Barry Eichengreen spricht gar davon, dass angesichts der hohen globalen Verflechtung der Finanzströme eine Mitgliedschaft in der Währungsunion de facto unverrückbar ist: *“... adopting the euro is effectively irreversible. Leaving would, ..., given the anticipated devaluation trigger the mother of all financial crises.”* (Barry Eichengreen, *The euro: love it or leave it?* 4. Mai 2010, www.voxeu.org) 

HELENE SCHUBERTH
ist Ökonomin in Wien.

inserat

inserat